

Ulrich Blum

Editorial

Hans-Ulrich Brautzsch

Aktuelle Trends:

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im Osten
anteilig stärker ausgeprägt als im Westen

Arbeitskreis Konjunktur

Konjunkturausblick 2005:

Deutsche Binnenkonjunktur zieht allmählich nach

Peter Franz

Innovative Kompetenzen Ostdeutschlands
in den Räumen Berlin und Dresden
am stärksten ausgeprägt

Brigitte Loose

IWH-Bauumfrage im Dezember 2004

1/2005

26.01.2005, 11. Jahrgang



Editorial

Am 1. November 2004 habe ich die Präsidentschaft des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle übernommen. Das Institut hat sich seit seiner Gründung Reputation über Ostdeutschland hinaus erworben. Dafür gilt es, vor allem meinem Vorgänger im Amt, Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. Rüdiger Pohl, aber natürlich auch den Mitarbeitern im Haus, Dank zu sagen.

Neue, durch die „scientific community“ und die öffentlichen Zuwendungsgeber für die Wirtschaftsforschungsinstitute gesetzte Rahmenbedingungen werden in nächster Zeit ebenso wie meine Vorstellungen zur strategischen Positionierung des IWH inhaltliche und strukturelle Anpassungen erforderlich machen. So bauen wir gegenwärtig eine Abteilung Industrieökonomik und Regulierung auf, die sich der im Zeitalter der Globalisierung immer wichtiger werdenden Angebotsseite der Wirtschaft widmen wird.

Für die Politikberatung, einer der Kernaufgaben und auch -kompetenzen, gilt in einer Welt zunehmender wirtschaftspolitischer Unschärfe noch viel stärker, dass nichts so praktisch wie eine gute Theorie ist – auch um der ordnungsökonomischen Botschaft und ihren Prinzipien wieder mehr Gehör zu verschaffen. Hierzu wird auch das Editorial an dieser Stelle künftig vermehrt dienen, in dem der Präsident als Herausgeber der *Wirtschaft im Wandel* und die Abteilungsleiter als „editorial board“ zu aktuellen Fragen Stellung beziehen und Sie, verehrte Leserinnen und Leser, zur Diskussion im Internet einladen. Zudem wird das IWH künftig ökonomische Fragen auch verstärkt unter dem Fokus des Wettbewerbs als grundlegender Antriebskraft des wirtschaftlichen Wandels beantworten. Wirtschaftspolitische Entscheidungen im öffentlichen Raum werden damit auf ihre Wettbewerbskonformität überprüft und daran gemessen werden.

Mit der vorliegenden Ausgabe haben wir die Struktur der *Wirtschaft im Wandel* umgestaltet. So finden sich im Sinne einer konzentrierten Ansprache auf zwei Seiten künftig alle Zusammenfassungen der wissenschaftlichen Beiträge, die in dem Heft abgehandelt werden und nach dieser Übersicht folgen. Im Anschluss berichten wir aus dem Leben des Instituts, um Sie an Ereignissen und der internen Entwicklung des Hauses zu beteiligen. Die Rückseite wird selektiv auf externe Publikationen des Hauses aufmerksam machen, die für Sie interessant sein könnten.

Die *Wirtschaft im Wandel* erscheint zukünftig monatlich, zuzüglich zweier Sonderausgaben, in denen die Frühjahrs- und Herbstgutachten der sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute veröffentlicht werden. Die Anzahl der angebotenen Beiträge wird sich aber nicht ändern.

Ulrich Blum
Präsident des IWH

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im Osten anteilig stärker ausgeprägt als im Westen

Arbeitsplatzausstattung und Erwerbsbeteiligung der Inländer in den Bundesländern im Jahr 2003

– Erwerbstätige je 1 000 Erwerbsfähige^a –

	Bremen	Hamburg	Bayern	Baden- Württemberg	Hessen	Saarland	Deutschland	Nordrhein- Westfalen	Niedersachsen	Rheinland-Pfalz	Schleswig- Holstein	Sachsen	Berlin	Thüringen	Mecklenburg- Vorpommern	Sachsen-Anhalt	Brandenburg
SV-pflichtige Vollzeitbesch.	520	525	438	449	439	426	409	408	374	364	348	402	362	383	368	376	348
Teilzeitbesch.	114	104	83	82	86	72	77	74	79	76	78	68	80	62	59	59	55
+ Geringfügig Beschäftigte ^b	98	73	79	86	78	94	78	90	87	84	83	60	46	51	51	48	47
+ Selbständige	59	89	98	81	81	62	75	67	71	75	79	66	76	63	52	51	60
+ Sonstige	84	68	48	48	42	55	50	50	51	51	61	49	59	56	48	41	46
= Erwerbstätige im Inland	875	859	746	746	726	709	689	689	662	650	649	645	623	615	578	575	556
+ Pendlersaldo	-197	-174	-8	-17	-31	-19	-1	-8	24	54	44	18	-37	52	41	46	70
= Erwerbstätige Inländer	678	685	738	729	695	690	688	681	686	704	693	663	586	667	619	621	626
<i>Nachrichtlich: Geleistete Arbeitsstunden der erwerbstätigen Inländer je 1 000 Erwerbsfähige</i>																	
Arbeitsvolumen	973	1 026	1 064	1 034	1 012	940	992	958	971	990	986	1 000	881	1 012	942	938	951

^a Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. – ^b Ausschließlich geringfügig Entlohnte.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit: Sonderauswertung für das IWH; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Stand: Januar 2005); Berechnungen des IWH.

Die Arbeitsplatzdichte ist in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich. Je 1 000 Erwerbsfähige – das sind alle Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren – sind in Bremen fast 60% mehr Personen erwerbstätig als in Brandenburg. Erhebliche Unterschiede bestehen auch hinsichtlich der Art von Beschäftigungsverhältnissen innerhalb der Landesgrenzen. In allen ostdeutschen Ländern, die gemeinsam mit Berlin über die geringste Zahl von Arbeitsplätzen je 1 000 Erwerbsfähigen verfügen, ist der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten höher als in den westdeutschen Ländern. Beim „Spitzenreiter“ Sachsen-Anhalt liegt er mit 65% um 11 Punkte über dem Wert von Schleswig-Holstein, das „Schlusslicht“ ist. Hingegen ist der Anteil der geringfügig Beschäftigten in Ostdeutschland deutlich niedriger als in Westdeutschland. So sind in Thüringen lediglich 8% der Erwerbstätigen ausschließlich geringfügig Entlohnte, in Schleswig-Holstein sind es 13%. Auch bei den Selbständigen liegen die ostdeutschen Länder unter den Werten der meisten westdeutschen Bundesländer. Die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze je 1 000 erwerbsfähige Ostdeutsche dürfte jedoch aufgrund des hohen Pendlerüberschusses noch größer sein, da vermutlich viele Auspendler jenseits ihrer Landesgrenze einen Vollzeit-Job haben.*

Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de

* Vgl. auch BRAUTZSCH, H.-U.: Pendlerströme führen zu deutlicher Annäherung bei der Beschäftigung zwischen den Bundesländern, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 11/2004, S. 294.

Konjunkturausblick 2005: Deutsche Binnenkonjunktur zieht allmählich nach*

– Kurzfassung –

In der Weltwirtschaft wirken die geldpolitischen Rahmenbedingungen weiterhin anregend. Die Ertragslage der Unternehmen ist gut – mit ein Grund für die recht positive Entwicklung an den Aktienmärkten in Amerika und in Europa. Die Voraussetzungen für die Fortsetzung des weltwirtschaftlichen Aufschwungs sind von dieser Seite günstig, wenngleich die Unsicherheiten über die künftige Entwicklung von Ölpreis und Dollarwert geblieben sind.

Der Aufschwung wird allerdings im Gefolge der etwas nachlassenden Dynamik in den Wachstumszentren der Weltwirtschaft ein wenig an Tempo verlieren. In den USA lassen die Impulse der expansiv ausgerichteten Wirtschaftspolitik nach: die Notenbank ist ersten Anzeichen einer Inflation mit moderaten Zinsanhebungen entgegengetreten, und von der Finanzpolitik gehen keine Anregungen aus. Treibende konjunkturelle Kraft bleibt die Investitionstätigkeit. In China hat die Regierung Maßnahmen gegen die Überhitzung der Konjunktur ergriffen, und in Japan war die Konjunktur zuletzt schwach.

In der Eurozone profitiert die wirtschaftliche Aktivität zwar von der Expansion auf den Auslandsmärkten, sie belebt sich jedoch langsam. Investoren wie Konsumenten geben ihre Zurückhaltung nur nach und nach auf. Der expansive Kurs der Geldpolitik regt aber sichtlich an.

In Deutschland verlagern sich seit Mitte 2004 die konjunkturellen Impulse allmählich vom Ausland auf das Inland. Die Exporte – bis dahin die alleinige Antriebskraft – sind in den Monaten Juli bis September gesunken. Die Zunahme der Investitionstätigkeit und der kräftige Lageraufbau konnten die Wachstumsverluste aus dem Außenhandel aber nicht ausgleichen, und die wirtschaftliche Erholung wurde unterbrochen. Inzwischen mehren sich die Anzeichen für eine Rückkehr auf den Erholungspfad.

Im Jahr 2005 hält der Umschwung bei den Ausrüstungsinvestitionen an. Unternehmen stoßen zunehmend an Kapazitätsgrenzen, ihre Gewinnerwartungen hellen sich mit der Konsolidierung der Bilanzen und den gesunkenen Lohnstückkosten auf. Die privaten Haushalte werden ihre Kaufzurückhaltung allerdings erst später aufgeben. Die

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2005 und 2006

	2004	2005	2006
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	-0,3	0,7	1,3
Staatskonsum	0,2	1,4	-0,3
Anlageinvestitionen	-0,1	1,4	1,4
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	1,8	4,3	4,6
Bauten	-1,7	-1,2	-1,5
Inländische Verwendung	0,9	1,5	1,5
Exporte	9,5	5,9	5,0
Importe	8,2	7,1	4,9
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,3	1,7
dar.: Ostdeutschland*	1,2	1,0	1,5
Nachrichtlich: USA	4,4	3,4	2,9
Euroraum	1,7	1,7	1,9
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Arbeitsvolumen, geleistet	0,4	0,6	0,7
Tariflöhne je Stunde	1,4	1,6	1,5
Effektivlöhne je Stunde	0,4	1,2	1,3
Lohnstückkosten ^a	-1,2	0,1	-0,1
Verbraucherpreisindex	1,6	1,5	1,2
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^b	38 385	38 695	39 020
Westdeutschland**	32 765	33 060	33 340
Ostdeutschland*	5 620	5 635	5 680
Arbeitslose ^c	4 369	4 560	4 290
Westdeutschland**	3 067	3 240	3 020
Ostdeutschland*	1 302	1 320	1 270
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^d	10,2	10,5	9,9
Westdeutschland**	8,6	8,9	8,3
Ostdeutschland*	18,8	19,0	18,3
	<i>in % zum nominalen BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	-3,9	-3,5	-2,3

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – * Ohne Berlin. – ** Mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat, Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH (Stand: 20. Dezember 2004).

Unsicherheit über die Einkommensperspektiven wird mit der steigenden Transparenz über die Auswirkungen der Reformen am Arbeitsmarkt und im Bereich des Gesundheitswesens schwinden. Anregend auf den Konsum wird auch die erwartete konjunkturelle Aufhellung am Arbeitsmarkt wir-

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 43/2004 am 20. Dezember 2004 veröffentlicht.

ken. Diese Entwicklung trägt bis in das Jahr 2006. Die Zuwächse beim Konsum bleiben jedoch insgesamt moderat, sodass von der Nachfrageseite kein Druck auf die Preise ausgehen wird. Auch die Lohnabschlüsse signalisieren keinen Preisschub, und die zwischenzeitlich kräftig gestiegenen Energiekosten dürften wieder leicht sinken.

Das Fundament der wirtschaftlichen Erholung in Deutschland gewinnt an Breite, die Exporte bleiben zwar eine Stütze, im Sog der schwächeren Dynamik der Weltwirtschaft verlieren sie aber ihre tragende Rolle. Die Impulse von der Inlandsnachfrage verstärken sich, fließen jedoch zum Teil in Importe ab, zusätzlich angeregt durch die Eurostärke. Der Beitrag des Außenhandels zum Produktionsanstieg wird sich daher verringern. Das Bruttoinlandsprodukt steigt 2005 um 1,3% und im darauf folgenden Jahr um 1,7%. Die konjunkturelle Dynamik ist etwas kräftiger, wegen der geringeren Zahl der Arbeitstage wird aber in beiden Jahren statistisch ein kleinerer Zuwachs gemessen werden.

Im Zuge der Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität wird sich im Jahr 2005 die Lage am Arbeitsmarkt leicht aufhellen. Allerdings werden weitere Vollzeitarbeitsplätze verloren gehen, die Zahl der Beschäftigten im Niedriglohnssektor wird sich dagegen erhöhen. Das Arbeitsvolumen in Stunden wird deutlich langsamer zunehmen als die Beschäftigtenzahl. Zu Beginn des Jahres 2005 tritt die letzte Stufe der Arbeitsmarktreformen (Hartz IV) in Kraft. Wegen der statistischen Erfassung aller erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger als Arbeitslose wird die registrierte Arbeitslosigkeit zunächst steigen. Mit der Ausweitung „zu-

sätzlicher Arbeitsgelegenheiten“, so genannter Ein-Euro-Jobs, und dem erhöhten Druck zur Arbeitssuche wird sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Verlauf des Jahres verringern. Obwohl Entlastungseffekte von Seiten der Konjunktur hinzukommen, wird die Arbeitslosigkeit alles in allem im Jahr 2005 mit 4,56 Mio. Personen über dem Stand vom Vorjahr liegen und erst 2006 auch im Jahresdurchschnitt sinken.

Die Geldpolitik wird im Prognosezeitraum expansiv bleiben können, denn die gesamtwirtschaftliche Kapazität im Euroraum ist bis über das Jahr 2005 hinaus unterausgelastet. Allerdings ist das hohe Wachstum der Liquiditätsnachfrage im Euroraum ein Risikofaktor für die Preisniveaustabilität. Die jüngste Abwertung des Dollar hat die EZB unter Druck gesetzt, an den Devisenmärkten zu intervenieren, um den Dollarkurs des Euro zu stabilisieren. Wegen der jetzt schon hohen Liquiditätsausstattung im Euroraum verböte sich jedoch eine nichtsterilisierte Intervention. Andererseits sind die Aussichten einer sterilisierten Intervention, den Wechselkurs nachhaltig zu beeinflussen, eher gering, denn die gegenwärtige Dollarschwäche hat fundamentale Ursachen.

Trotz des eindeutig auf Konsolidierung angelegten Ausgabekurses in den derzeitigen Finanzplanungen wird mit einer Defizitquote von 3,5% auch im Jahr 2005 deutlich gegen die im Stabilitäts- und Wachstumspakt gezogene Grenze verstoßen – und dies, obwohl das Defizit durch Einmalmaßnahmen auf Bundesebene gesenkt wird.

Arbeitskreis Konjunktur (Seite 6)

Innovative Kompetenzen Ostdeutschlands in den Räumen Berlin und Dresden am stärksten ausgeprägt

– Kurzfassung –

Bestrebungen, die Wirtschaftsförderung sowohl sektoral als auch regional stärker zu konzentrieren, ziehen einen erhöhten Informationsbedarf über solche Schwerpunktbildungen („Cluster“) auf Seiten der Politik nach sich. In diesem Kontext hat das IWH in einem Gutachten die räumliche Verteilung von Branchenschwerpunkten, Unternehmensnetzwerken und innovativen Kompetenzfeldern für Ostdeutschland flächendeckend untersucht.

Die mit dem Hilfsmittel der Patentstatistik identifizierten innovativen Kompetenzfelder sind zur Hälfte in den Räumen Berlin und Dresden kon-

zentriert. Dazu kommen kleinere Konzentrationen in den Räumen Chemnitz und Jena. Dagegen sind sie in den nördlich und östlich gelegenen Regionen nur spärlich vertreten. Innovative Kompetenzfelder mit einer herausragenden Zahl von Patentaktivitäten finden sich in der Elektrotechnik, der anorganischen Chemie und der Biotechnologie. Die Identifizierung und Lokalisierung innovativer Kompetenzfelder kann aber nur einen Zwischenschritt in der Erforschung der konstituierenden Elemente regionaler Wachstumskerne darstellen.

Peter Franz (Seite 23)

Konjunkturausblick 2005: Deutsche Binnenkonjunktur zieht allmählich nach*

Internationale Konjunktur

Weltwirtschaftlicher Aufschwung besteht die Belastungsprobe

Im Herbst des Jahres 2004 hat der weltwirtschaftliche Aufschwung an Tempo verloren. Ein Teil der Verlangsamung ist als Folge dämpfender wirtschaftspolitischer Maßnahmen in den beiden Wachstumszentren der Weltwirtschaft, in den USA und in China, absehbar gewesen. Allerdings hat der Produktionszuwachs besonders deutlich andernorts, nämlich in Japan und in geringerem Maße auch im Euroraum, nachgelassen, also in Regionen, in denen der Aufschwung bisher wichtige Impulse von den Exporten bekam. Gegenwärtig deuten die Indikatoren auf eine langsamere Expansion des Welthandels hin. Dabei spielt auch die Belastung der Weltkonjunktur durch die Entwicklung des Erdölpreises eine Rolle. Er ist bis in den Herbst hinein stetig gestiegen und hat sich erst im November – nach zeitweise erheblich höheren Notierungen – bei etwa 43 US-Dollar (Sorte Brent) stabilisiert; auf einem Niveau, das immer noch um über 40% höher liegt als am Jahresanfang.

Allerdings liegt die Ursache des hohen Ölpreises nicht in einem exogenen Schock, etwa aufgrund einer Angebotsverknappung, sondern in der hohen weltwirtschaftlichen Nachfrage, die wiederum in den letzten anderthalb Jahren vom starken industriellen Wachstum mit vielerorts hohen Investitionen getragen wurde. Gerade für eine Fortsetzung des Investitionsbooms stehen die Chancen recht gut: Die geldpolitischen Rahmenbedingungen werden in den nächsten beiden Jahren nicht viel ungünstiger werden. Die Ertragslage der Unternehmen ist gegenwärtig weltweit gut; darin liegt auch ein Grund für die recht positive Entwicklung auf den Aktienmärkten in Amerika und Europa seit dem Sommer, welche wiederum den Spielraum für die Außenfinanzierung von Investitionen erweitert. Dass der Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen am Volkseinkommen vieler entwickelter Ländern

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 43/2004 am 20. Dezember 2004 veröffentlicht.

Tabelle 1:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2005 und 2006

	2004	2005	2006
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	-0,3	0,7	1,3
Staatskonsum	0,2	1,4	-0,3
Anlageinvestitionen	-0,1	1,4	1,4
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	1,8	4,3	4,6
Bauten	-1,7	-1,2	-1,5
Inländische Verwendung	0,9	1,5	1,5
Exporte	9,5	5,9	5,0
Importe	8,2	7,1	4,9
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,3	1,7
dar.: Ostdeutschland*	1,2	1,0	1,5
Nachrichtlich: USA	4,4	3,4	2,9
Euroraum	1,7	1,7	1,9
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Arbeitsvolumen, geleistet	0,4	0,6	0,7
Tariflöhne je Stunde	1,4	1,6	1,5
Effektivlöhne je Stunde	0,4	1,2	1,3
Lohnstückkosten ^a	-1,2	0,1	-0,1
Verbraucherpreisindex	1,6	1,5	1,2
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^b	38 385	38 695	39 020
Westdeutschland**	32 765	33 060	33 340
Ostdeutschland*	5 620	5 635	5 680
Arbeitslose ^c	4 369	4 560	4 290
Westdeutschland**	3 067	3 240	3 020
Ostdeutschland*	1 302	1 320	1 270
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^d	10,2	10,5	9,9
Westdeutschland**	8,6	8,9	8,3
Ostdeutschland*	18,8	19,0	18,3
	<i>in % zum nominalen BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	-3,9	-3,5	-2,3

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – * Ohne Berlin. – ** Mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat, Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH (Stand: 20. Dezember 2004).

im gegenwärtigen Aufschwung trotz niedriger Zinsen zugenommen hat, ist auch eine Folge der Globalisierung: Kapital findet in Schwellenländern attraktive Anlagemöglichkeiten und kann deshalb auch in der Heimat höhere Ertragsraten durchsetzen.

Alles in allem stehen die Chancen gut, dass der weltwirtschaftliche Aufschwung die gegenwärtige

Verlangsamung übersteht und im Jahr 2005 wieder etwas an Fahrt gewinnt. Weil bremsende oder beschleunigende exogene Einflüsse für das Jahr 2006 noch nicht auszumachen sind, lässt sich für das zweite Jahr der Prognose eine Entwicklung auf dem dann erreichten Potenzialpfad erwarten.

Die wichtigsten Risikofaktoren für die Weltwirtschaft sind die Unsicherheiten über die künf-

Kasten 1:

Dollarschwäche und US-Leistungsbilanzdefizit – ein subtiler Zusammenhang

Im Allgemeinen wird der gegenwärtige Vertrauensverlust des Dollar mit dem Anstieg des Leistungsbilanzdefizits der USA auf etwa fünfeinhalb Prozent des Bruttoinlandsprodukts erklärt. In der Öffentlichkeit werden seit längerem Überlegungen diskutiert, wie stark der Dollar abwerten muss, damit amerikanische Waren gegenüber der ausländischen Konkurrenz wieder ausreichend wettbewerbsfähig werden und das Defizit auf ein langfristig tragbares Niveau sinken kann. Allerdings sprechen das im internationalen Vergleich hohe Produktivitätsniveau und -wachstum der US-Wirtschaft gegen die These mangelnder Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandorts USA. Die eigentlichen Gründe des Leistungsbilanzdefizits sind anderswo zu finden: Das Defizit bedeutet, dass sich private Haushalte, Unternehmen und der Staat der USA zusammen genommen gegenüber dem Ausland verschulden, und dass das Ausland bereit ist, diese Verschuldung zu finanzieren. In den USA werden also im großen Umfang gegenwärtige Ausgaben auf Kosten der zukünftigen getätigt. Es geht im Kern um die Entscheidung zwischen verschiedenen Ausgabezeitpunkten, und nicht zwischen Gütern unterschiedlicher Herkunft. Der Schlüssel zu einer Verkleinerung des Leistungsbilanzdefizits liegt also in einem vorsichtigeren Ausgabeverhalten von Haushalten, Unternehmen und Staat aufgrund etwas gedämpfterer Erwartungen über die zukünftige Einkommensentwicklung in den USA.

Eine solche Änderung des Ausgabeverhaltens hat freilich langfristige Folgen für Güterpreise und Wechselkurse. Zu einem niedrigen Leistungsbilanzdefizit passt nämlich ein relativ schwacher Dollar. Die Verbindung zwischen beiden Größen liegt in einem Wandel der Produktionsstruktur, den eine Rückführung des Defizits auf Dauer mit sich bringt. Gegenwärtig kann die hohe Güternachfrage in den USA nur dadurch befriedigt werden, dass ein großer Teil der handelbaren Güter aus dem Ausland bezogen wird; die Produktion in den USA muss sich dementsprechend vor allem auf nicht handelbare Güter konzentrieren.^a Deshalb, und nicht wegen mangelnder Wettbewerbsfähigkeit der US-Wirtschaft, werden international handelbare Güter in den USA nur in relativ geringem Umfang produziert. Sollten private Haushalte, Unternehmen und Staat in den USA ihre Nachfrage in Richtung auf die US-Produktionskapazität zurückführen, wird sich die Produktionsstruktur in den USA nach und nach wieder zu Gunsten handelbarer Güter verschieben. Die Anpassung wird sich über ein Ansteigen der Relativpreise handelbarer Güter gegenüber denen nicht handelbarer Güter vollziehen; dadurch erhalten US-Unternehmen den Anreiz zur Anpassung ihrer Produktionsstruktur. Weil die Weltmarktpreise handelbarer US-Güter (etwa in Euro oder in Yen) an die der internationalen Konkurrenz gekoppelt sind, müssen steigende Dollarpreise handelbarer Güter mit einer Abwertung der Währung einher gehen.^b Ein möglicher Weg zu einer solchen neuen Preis- und Wechselkursstruktur könnte über einen Abschwung in den USA führen, der sowohl einen starken Preisdruck auf die nicht handelbaren Güter als auch eine Abwertung des Dollars auslösen würde.

Die jüngste Abwertung des Dollar geht allerdings nicht mit einem Nachfragerückgang in den USA einher, sie kann lediglich als die Sorge der Währungsmärkte verstanden werden, dass eine solche Entwicklung langfristig droht. Eine unverminderte Zunahme des Leistungsbilanzdefizits würde diese Sorgen wohl noch vergrößern. Es ist nicht auszuschließen, dass die erhöhte Wettbewerbsfähigkeit der US-Produzenten aufgrund der jüngsten Dollarabwertung die Nachfrage in den USA über steigende Einkommen nur noch mehr anheizt; die langfristigen Risiken für den Dollarwert würden sich dadurch noch erhöhen. Die vorliegende Prognose geht aber von einem in etwa konstanten Dollarwert in den nächsten beiden Jahren und einer Stabilisierung des Leistungsbilanzdefizits im Lauf des Jahres 2005 ab. Dahinter steht die Prognose eines vorsichtigeren Ausgabeverhaltens der privaten Haushalte in den USA ab dem Frühjahr nächsten Jahres.

^a Obstfeld und Rogoff schätzen den Anteil nicht handelbarer Güter am US-Output auf 75%. Siehe OBSTFELD, M.; ROGOFF, K.: The unsustainable US current account position revisited. NBER Working Paper 10869, 2004, S. 15. – ^b Die notwendige Änderung der relativen Preise würde sich zwar auch einstellen, wenn lediglich die nicht handelbaren Güter im Preis sanken. Die Politik einer konstanten nominalen Liquiditätsversorgung durch die US-Zentralbank würde aber einen dadurch implizierten Fall des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus auf Dauer verhindern.

tige Entwicklung von Ölpreis und Dollarwert. Während sich die Lage auf den Erdölmärkten Ende 2004 ein Stück weit entspannte, hat der Dollar seit September gegenüber wichtigen Währungen stark abgewertet (vgl. auch Kasten 1); mit einem Wechselkurs von 1,34 Anfang Dezember ist er gegenüber dem Euro um 6% schwächer geworden, gegenüber dem japanischen Yen um 5%. Sollte der Trend noch anhalten, würde der weltwirtschaftliche Aufschwung durch erhebliche Kosten der Anpassung an kräftig geänderte internationale Güterpreisverhältnisse und wohl auch durch eine Verunsicherung der internationalen Kapitalmärkte gefährdet werden. Deshalb hängt die weltwirtschaftliche Entwicklung gegenwärtig besonders von den Devisenmärkten ab. Die vorliegende Prognose unterstellt, dass sich der Dollarkurs Anfang 2005 bei etwa 1,30 Euro stabilisiert (vgl. Kasten 2).

USA: Dynamik des Aufschwungs lässt nach

Die US-Wirtschaft hat ihre Schwächephase im Frühsommer 2004 überwunden. Zwar hat der hohe Ölpreis auch weiterhin gedämpft, allerdings haben vor allem die privaten Haushalte im Zuge der aufgehellten Beschäftigungsperspektiven, erneut kräftiger Kaufanreize für Automobile und eines positiveren Konsumentenvertrauens ihren Verbrauch wieder deutlicher ausgeweitet. So wurden vermehrt Luxus- und so genannte Premiumprodukte gegenüber Discount- und Billigangeboten gekauft. Neben dem privaten Verbrauch blieben die Investitionen unvermindert die treibende Kraft des Aufschwungs. Zusätzlich wurden sie von den zum Ende 2004 auslaufenden Steuervergünstigungen gestützt. Offensichtlich ist wohl der negative Effekt der hohen Ölpreise nicht so stark gewesen, wie vielfach befürchtet wurde. Alles in allem ist das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2004 wohl um 4,4% gewachsen.

Die Preise haben, vor allem wegen des teuren Erdöls, merklich angezogen. Gemessen am Verbraucherpreisindex ist die Inflationsrate Ende 2004 auf über 3% gestiegen. Aber auch die Kerninflation¹ hat ihren Tiefpunkt durchschritten und lag zuletzt bei reichlich 2%. Dies entspricht aber

¹ Veränderung des Verbraucherpreisindex ohne Energie- und Nahrungsmittelpreise.

immer noch einem historisch geringen Niveau. Im Prognosezeitraum ist nicht mit einer weiteren Verstärkung des Preisanstiegs zu rechnen. Zwar wird sich der Nachfragesog aufgrund des anhaltenden Aufschwungs erhöhen. Die sinkenden Energiepreise werden jedoch dem Preisauftrieb entgegenwirken. Die kurz- und langfristigen Realzinsen sind weiterhin ungewöhnlich niedrig. Die Zentralbank wird an ihrem Kurs der allmählichen Zinsanhebung festhalten und so die Nachfragedynamik etwas dämpfen. Gegen Ende des Jahres 2005 dürfte die Federal Funds Target Rate bei rund 3½% und somit etwa 1¼ Prozentpunkte höher liegen als heute. Allerdings wird die Geldpolitik auch weiterhin expansiv wirken. Erst im Jahr 2006 wird die Notenbank auf einen neutralen Kurs einschwenken.

Im Frühjahr 2004 hat die Steuerreform vom Vorjahr ihre letzten Wirkungen entfaltet, und Ende des Jahres sind erhöhte Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen ausgelaufen. Die Finanzpolitik hat damit im Jahr 2004 ihre Ausrichtung geändert. Für die Jahre 2005 und 2006 ist von dieser Seite nicht mit neuen Anregungen zu rechnen.² Im Gegenteil, die Budgetplanungen der Regierung sehen Ausgabenkürzungen in vielen nicht-militärischen Bereichen vor. Jedoch ist es fraglich, ob die Einsparungen im geplanten Umfang eingehalten werden können und ob die bislang in den Planungen nicht enthaltenen Ausgaben für die Militäreinsätze im Irak und Afghanistan die Kürzungen nicht überkompensieren. So kann wohl in den nächsten zwei Jahren damit gerechnet werden, dass die Finanzpolitik allenfalls leicht restriktiv wirken wird. Gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt wird das bundesstaatliche Defizit im Fiskaljahr³ 2005 wohl 3,2% betragen und sich im folgenden Jahr auf 2,6% verringern. Strukturell wird es sich aber wenig verändern, da sich der Rückgang des Defizits größtenteils aus Mehreinnahmen ergibt, die konjunktureller Natur sind.

² Zwar sind Äußerungen der Regierung bekannt, die Maßnahmen im Bereich des Renten- und Steuersystems andeuten und wohl zu einer Erhöhung der Verschuldung führen würden. Hier liegen aber weder konkrete Pläne noch Gesetzesentwürfe vor, sodass in dieser Prognose keine Maßnahmen unterstellt wurden, sich hieraus aber ein gewisses Aufwärtsrisiko für die Prognose des Defizits ergibt.

³ Ein Fiskaljahr läuft in den USA vom 1. Oktober bis zum 30. September.

Tabelle 2:
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2004	2005	2006
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Bruttoinlandsprodukt	4,4	3,4	2,9
Private Konsumausgaben	3,7	3,1	2,7
Staatskonsum und -investitionen	2,1	2,0	2,0
Private Bruttoanlageinvestitionen	13,0	7,2	4,6
Inländische Verwendung	4,8	3,6	2,9
Außenbeitrag ^a	-0,6	-0,3	-0,2
Exporte	8,9	7,6	7,1
Importe	9,9	7,1	5,8
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Verbraucherpreise	2,7	2,5	2,5
	<i>in % der Erwerbspersonen</i>		
Arbeitslosenquote	5,5	5,3	5,0

^a Veränderung des Außenbeitrages gegenüber dem Vorjahr in % des realen Bruttoinlandsprodukts des Vorjahres.

Quellen: U.S. Department of Commerce, Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; 2004 Schätzung, ab 2005 Prognose des IWH (Stand: 07. Dezember 2004).

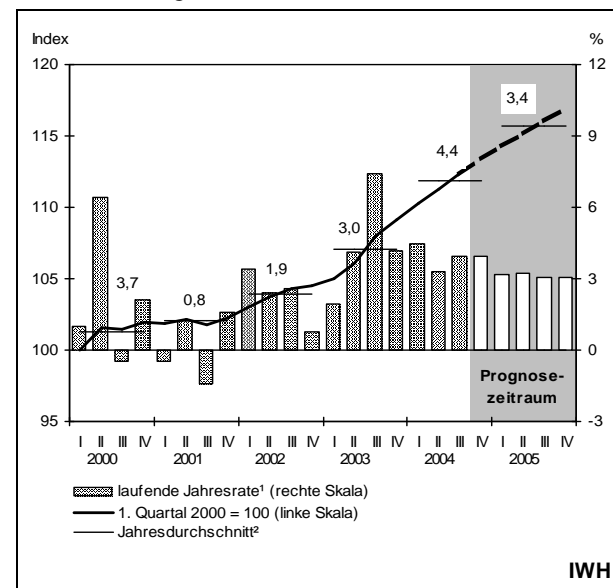
Der private Konsum wird 2005 und im darauffolgenden Jahr an Dynamik verlieren. Zwar wird die verhaltene Erholung am Arbeitsmarkt dafür sorgen, dass die Einkommen real weiterhin zunehmen, es ist jedoch mit einer leicht steigenden Sparquote zu rechnen: Im Herbst 2004 lag sie mit 0,2% des verfügbaren Einkommens nahe dem historischen Tiefstand. Auch die im Zuge der strafferen Geldpolitik anziehenden Zinsen werden die privaten Haushalte mehr und mehr dazu bewegen, ihre Sparneigung zu erhöhen. Ein ähnliches Verlaufsbild wie beim Konsum zeichnet sich für die Investitionen ab. Zwar werden die Käufe neuer Maschinen und anderer Anlagegüter weiterhin ausgeweitet. Auch hier nehmen aufgrund der leicht steigenden Zinsen und der insgesamt geringeren Nachfragedynamik die Zuwachsraten im Lauf des Jahres ab.⁴

⁴ Die geringere Nachfragedynamik dürfte jedoch teilweise kompensiert werden, da sich die relativen Preise aufgrund des gefallenen US-Dollarkurses zugunsten von inländischen Produkten verschoben haben. Somit sollte es in manchen

Der im Jahr 2004 gefallene Dollar und das zurückhaltendere Ausgabeverhalten der privaten Haushalte werden längerfristig zu einer Verbesserung des Außenbeitrags führen. Allerdings benötigen die durch eine Wechselkursänderung eingeleiteten Anpassungsprozesse einige Zeit. Ein merklich geringerer Anstieg der Importe aufgrund der Relativpreisveränderung ist wohl erst im späteren Verlauf des Jahres 2005 zu erwarten. Hinzu kommt, dass die abflachende Konjunktur in der Weltwirtschaft zu einer geringeren Dynamik der Exporte führen dürfte.

Alles in allem wird sich das Tempo der Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität verringern. Das Bruttoinlandsprodukt wird 2005 um 3,4% und im Jahr darauf um knapp 3% über dem jeweiligen Vorjahresniveau liegen.

Abbildung 1:
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
- Saisonbereinigter Verlauf -



¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – ²⁾ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; ab 4. Quartal 2004: Prognose des IWH.

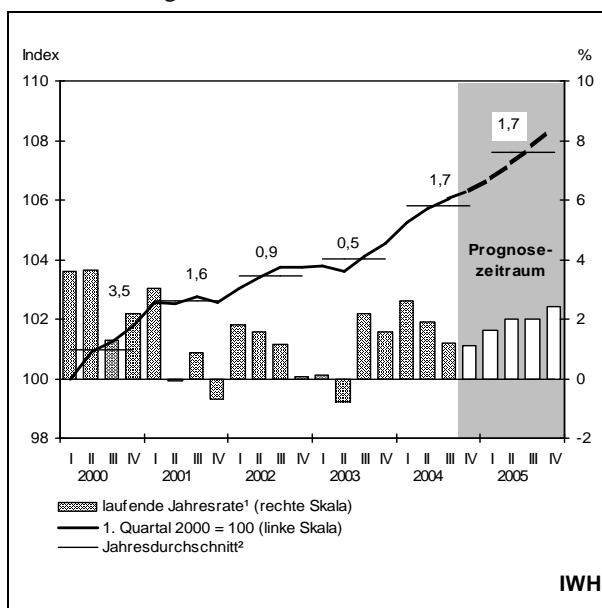
Weiterhin geringe Dynamik im Euroraum

Die konjunkturelle Belebung im Euroraum hat im Lauf des Jahres 2004 wieder an Fahrt verloren, und die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung ist

Bereichen zu einer Substitution von Importen durch inländische Produkte kommen.

weiterhin gesunken. Die Eintrübung ging im Wesentlichen vom privaten Konsum aus; seit dem Sommer sind hier die Zuwächse nur noch verschwindend gering. Dazu haben die sprunghaft gestiegenen Kosten für Energie und die Unsicherheit über die weitere Entwicklung auf dem Erdölmarkt beigetragen. Auch die Exporte entwickelten sich in der zweiten Jahreshälfte im Zuge der Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Aufschwungs etwas verhaltener. Die Bruttoanlageinvestitionen haben dagegen im Herbst deutlich zugenommen.

Abbildung 2:
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
- Saisonbereinigter Verlauf -



¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – ²⁾ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH; ab 4. Quartal 2004: Prognose des IWH.

Was für die Investitionsbedingungen in vielen Weltregionen gilt, trifft auch für den Euroraum zu: Die gegenwärtig recht freundlichen Aktienmärkte, die zurzeit gute Gewinnlage vieler Unternehmen und die im ganzen Prognosezeitraum weiterhin expansive Geldpolitik mit niedrigen Realzinsen lassen die Chancen für einen Investitionsaufschwung im Jahr 2005 gut erscheinen. Allerdings legten auch Ende 2003 die Investitionen unter ähnlich günstigen Rahmenbedingungen kurzzeitig kräftig zu, um im folgenden Jahr zu enttäuschen. Doch lässt sich die damalige Entwicklung zum Teil mit dem Konsolidierungskurs europäischer Unterneh-

men erklären, der im Jahr 2005 an Schärfe verlieren dürfte.

Die Exportaussichten haben sich im Gefolge der Dollarschwäche zwar eingetrübt, bleiben aber noch günstig, solange – wie in dieser Prognose unterstellt – der weltwirtschaftliche Aufschwung anhält und die Aufwertung des Euro auf das Austauschverhältnis zum Dollar beschränkt bleibt. Im Übrigen entlastet der Fall des Dollar die privaten Haushalte; der Ölpreisanstieg ist spürbar gedämpft worden. Für eine weiter nur zögerliche Expansion des privaten Konsums sprechen allerdings die anhaltende Unsicherheit über weiter anstehende Reformen in vielen Mitgliedsstaaten, die konkreten Auswirkungen der bereits vollzogenen Reformen und der weitere Konsolidierungsdruck auf die öffentlichen Haushalte. Deshalb dürfte die gesamtwirtschaftliche Aktivität in der Eurozone im Jahr 2005 mit etwa 1,7% zulegen. Die Arbeitsmarktlage wird sich unter diesen Umständen kaum bessern.

Tabelle 3:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose für den Euroraum in den Jahren 2004 bis 2006

	2004	2005	2006
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,7	1,9
Private Konsumausgaben	1,1	1,7	1,8
Staatskonsum	1,8	1,9	1,5
Anlageinvestitionen	1,2	3,8	3,1
Außenbeitrag ^a	0,1	-0,3	0,1
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Verbraucherpreise ^b	2,1	1,9	1,9
	<i>in % der Erwerbspersonen</i>		
Arbeitslosenquote ^c	8,9	8,7	8,5

^a Veränderung des Außenbeitrages gegenüber dem Vorjahr in % des realen Bruttoinlandsprodukts des Vorjahres. – ^b Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^c Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH; 2004: Schätzung, ab 2005 Prognose des IWH (Stand: 07. Dezember 2004).

Die aus heutiger Perspektive erkennbaren Belastungen durch Ölpreisanstieg und Dollarabwertung werden im Jahr 2006 im Großen und Ganzen verkraftet sein, und die außenwirtschaftlichen Bedingungen werden aufgrund der hohen Wachstumsdynamik in vielen Regionen der Welt günstig

bleiben. Es ist deshalb anzunehmen, dass sich die Wirtschaft der Eurozone im Jahresverlauf wieder langsam der Normalauslastung annähert. Weil aber die Signale für positive Effekte der Reformmaßnahmen auch 2006 noch nicht eindeutig sein werden, bedeutet eine solche gemächliche Normalisierung einen Zuwachs von Produktion und Nachfrage um nur knapp 2%. Immerhin besteht dann – auch wegen der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte in einigen Mitgliedsstaaten – die Chance auf einen merklichen Rückgang der Arbeitslosenquote.

Konjunktur in Deutschland

Atempause des Exports verschleppt Aufschwung

Die konjunkturelle Dynamik auf den wichtigsten Absatzmärkten der deutschen Wirtschaft hat in der zweiten Hälfte des Jahres 2004 unter dem Einfluss des kräftigen Anstiegs der Öl- und Rohstoffpreise einen Dämpfer bekommen. Erschwerend kam für die Exportunternehmen die Euroaufwertung hinzu. Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich so der Ausfuhrzuwachs in alle großen Regionen oder ging zurück. Unter Ausschluss der Saisoneinflüsse sind in den Monaten Juli bis September die Exporte nicht nur nach China und in die neuen EU-Mitgliedsländer, sondern auch in die USA gesunken. Lediglich in den alten EU-Ländern wurden mehr Produkte aus Deutschland verkauft.

Mit dem Abklingen der jüngst belastenden Einflüsse auf die Weltwirtschaft wird sich die Ausfuhr in der ersten Jahreshälfte 2005 wieder beschleunigen. Dies dürfte jedoch nur vorübergehend der Fall sein. Die schwächere konjunkturelle Dynamik in den Wachstumszentren wird im späteren Jahresverlauf zu einer flacheren Entwicklung der Weltnachfrage bis in das Jahr 2006 hinein führen. Allerdings wird sie weiterhin von der Investitionstätigkeit geprägt sein und kommt damit dem Spezialisierungsmuster der deutschen Exportwirtschaft entgegen. Auch sinkt die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte wenig, da der Euro im Wesentlichen nur gegenüber dem Dollar und an ihn gekoppelte Währungen aufgewertet hat. Auf den Hauptabsatzmärkten in Europa hat sich die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter, gemessen an den Lohnstückkosten, sogar verbessert.

Tabelle 4:

Deutsche Exporte nach Regionen

- Spezialhandel in jeweiligen Preisen -

Ländergruppe	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %			
	2003	2004		
		1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.
EU 25	3,8	8,7	14,5	9,7
Neue EU-Länder ^a	5,7	17,2	11,2	-1,6
NAFTA ^b	-9,8	-3,3	8,7	3,7
USA	-9,7	-2,3	9,3	4,3
Ostasien ^c	4,0	17,8	17,3	4,5
China	24,9	26,0	27,9	-0,9
Übrige Länder	0,5	13,7	16,4	11,8
Insgesamt	1,6	8,8	14,4	8,9
	in % des nominalen BIP in Deutschland			
	2003	2004		
		1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.
EU 25	19,9	21,6	21,8	20,6
Neue EU-Länder ^a	2,7	2,9	2,9	2,6
NAFTA ^b	3,4	3,4	3,5	3,4
USA	2,9	3,0	3,1	2,9
Ostasien ^c	2,6	2,8	2,9	2,7
China	0,9	1,0	1,1	0,9
Übrige Länder	5,3	5,6	6,0	5,9
Insgesamt	31,1	33,5	34,2	32,6

^a Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Zypern. – ^b USA, Kanada, Mexiko. – ^c Japan, China, Hongkong, Taiwan, Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Dies spricht für ein weiteres Anziehen der Lieferungen besonders in diese Region. Die Exporte werden 2005 insgesamt um knapp 6% und im folgenden Jahr um 5% zulegen.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2004 zogen die Importe trotz des kräftigen Anstiegs der Preise für Rohstoffe, Energieträger und andere Vorleistungsgüter an. Die Aufwertung des Euro wirkte der Teuerung bei den in US-Währung notierten Preisen zwar entgegen, kompensierte sie jedoch nicht. Ein großer Teil der Einfuhren diente dem Aufbau der Vorräte. Neben Metall und Metallerzeugnissen wurden auch verstärkt Maschinen und andere Aus-

Tabelle 5:
Exporte und Importe Deutschlands an Waren und Dienstleistungen
- in Preisen von 1995 -

	2003	2004	2005
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Exporte	1,8	9,5	5,9
Importe	4,0	8,2	7,1
	<i>in % zum BIP</i>		
Exporte	37,3	40,1	41,9
Importe	32,7	34,8	36,8
	<i>Außenbeitrag</i>		
Mrd. Euro	91,5	108,2	105,8
Wachstumsbeitrag ^a	-0,6	0,8	-0,1

^a Veränderung des Außenbeitrages gegenüber dem Vorjahr in % des realen Bruttoinlandsprodukts des Vorjahres.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2004: Schätzung, 2005: Prognose des IWH.

Kasten 2:
Annahmen für die Prognose

- Der Prognose liegen folgende Annahmen zugrunde:
- Der Ölpreis (Marke Brent) liegt in beiden Jahren 2005 und 2006 im Schnitt etwas unterhalb von 40 US-Dollar pro Barrel.
 - Der Welthandel expandiert in beiden Jahren mit 7%.
 - Der US-Dollar-Kurs des Euro liegt im Durchschnitt des Jahres 2005 bei gut 1,30 und im Jahr 2006 bei knapp 1,30.
 - Die Europäische Zentralbank hebt ab Mitte 2005 bis zum Jahresende den Mindestbietungssatz auf 2,5% an. Im Jahr 2006 liegt er im Schnitt bei 3%.
 - Die Tarifverdienste je Stunde steigen in Deutschland im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt im Jahr 2005 um 1,6% und im Jahr 2006 um 1,5%.
 - Die Finanzpolitik setzt ihre Beschlüsse zur Haushaltskonsolidierung um. Zusätzliche Sparmaßnahmen sind nicht unterstellt.
 - Das vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) trifft wie vorgesehen in Kraft.

rüstungsgüter im Ausland gekauft. Mit der Belebung der Inlandsnachfrage wird die Einfuhr 2005 kräftig bleiben. Infolge des überdurchschnittlich hohen direkten und indirekten Importgehalts bei

Ausrüstungsgütern wird sie mit rund 7% schneller zunehmen als der Export.

Trotz dämpfender Effekte vom Wechselkurs sind im Jahr 2004 die Preise für Importgüter infolge der Verteuerung von Energieträgern und Rohstoffen gestiegen. Mit dem hier unterstellten Rückgang der Ölpreise werden sich die Einfuhrpreise im Verlauf des Jahres 2005 etwas zurückbilden. Die Ausfuhrpreise dürften ebenfalls sinken, da der starke Euro die Exporteure zu Preisnachlässen bei Fakturierung in fremden Währungen veranlassen wird. Die Terms of Trade werden sich zwar etwas verschlechtern, aber keinen Kaufkraftentzug in das Ausland nach sich ziehen.

Ausrüstungsinvestitionen auf verhaltenem Expansionskurs

Die Investitionen in neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen haben im Verlauf des Jahres 2004 deutlich Fahrt aufgenommen. Nach einer nahezu dreijährigen Zurückhaltung haben vor allem die Unternehmen, die am weltweiten Aufschwung teilhatten, vermehrt Investitionen in materielle und immaterielle Anlagen getätigt.

Vieles spricht für eine Fortsetzung des Erholungsprozesses. Der Auslastungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten steigt und das Investitionsklima bleibt günstig: Zwar schwächen sich die von den Wachstumszentren ausgehenden Nachfrageimpulse im Prognosezeitraum etwas ab, dafür nehmen die Anreize für eine Investitionsaufstockung aus der Europäischen Union zu, da hier die Absatzerwartungen steigen. Gleichzeitig dürften die inländischen konsumnahen Produktionsbereiche ihre Investitionsanstrengungen verstärken. Auch die Renditeerwartungen werden ihre stimulierende Wirkung behalten, denn die Lohnstückkosten stagnieren und die Kapitalmarktzinsen steigen nur leicht.

Die Investitionsimpulse bleiben aber im Vergleich zu früheren Aufschwungphasen alles in allem eher verhalten. Die Kostenbelastung der Investoren aufgrund des hohen Ölpreises schwächt sich nur allmählich ab. Bremswirkungen gehen auch von der Euro-Aufwertung aus, da die Gewinne der im Export tätigen Investoren unter Druck geraten. Überdies dürften die Konsolidierungsbemühungen der Unternehmen noch nicht abge-

geschlossen sein. Eine Reihe von Unternehmen wird auch weiterhin eher auf Prozessoptimierung durch neue Organisationsformen, Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes und Ausdehnung der Maschinenlaufzeiten als auf Ersatz oder Erweiterung der Maschinen setzen. Alles in allem dürften die Ausrüstungsinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2005 um 4,3% ausgeweitet werden. Im Jahr 2006 dürfte sich das Ende 2005 erreichte Expansionstempo geringfügig erhöhen.

Die sonstigen Anlagen werden auch zukünftig wegen des kontinuierlich steigenden Bedarfs an immateriellen Gütern vergleichsweise kräftig expandieren. Mit neuer Software und neuen IT-Lösungen können die Unternehmen die betrieblichen Prozessabläufe und die Maschinensteuerungen weiter kostengünstig verbessern.

Tabelle 6:
Anlageinvestitionen in Deutschland
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %, in Preisen von 1995 -

	2003	2004	2005
Ausrüstungsinvestitionen	-1,4	1,5	4,3
Sonstige Anlagen	1,7	2,9	4,7
Bauinvestitionen	-3,2	-1,7	-1,2
Wohnbauten	-2,7	0,0	-1,3
Nichtwohnbauten	-4,0	-4,0	-1,2
Gewerbliche Bauten	-1,0	-4,0	-1,5
Öffentliche Bauten	-10,4	-3,8	-0,5
Anlageinvestitionen insgesamt	-2,2	-0,1	1,4

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2004: Schätzung, 2005: Prognose des IWH.

Baunachfrage im Minus

Auch im Jahr 2004 haben die Bauinvestitionen die wirtschaftliche Entwicklung belastet. Der Rückgang fiel allerdings deutlich geringer aus als in den vergangenen vier Jahren. Ausschlaggebend dafür waren zeitlich vorgezogene Bauaktivitäten der privaten Haushalte, die sich den Anspruch auf Eigenheimförderung nach altem Recht sichern wollten.

Im Jahr 2005 hält die rückläufige Entwicklung der Bauinvestitionen an. Der *Wohnungsbau* wird zwar noch etwas von den Vorzieheffekten aufgrund der Gesetzesänderung im Eigenheimbau profitie-

ren, das Wiedereinschwenken auf den Abwärtstrend kann damit aber nicht verhindert werden: Förderlich für die Umsetzung der vorgezogenen Baupläne der privaten Haushalte dürften sich die etwas weniger stark ausgeprägten Arbeitsplatz- und Einkommensrisiken erweisen. Anregend wirken auch die zwar tendenziell anziehenden, aber immer noch niedrigen Hypothekenzinsen und die allmählich abflachenden Baustoffpreise. Laufen die vom Eigenheimbau ausgehenden Sondereinflüsse allerdings aus, wird es im Wohnungsbau zu einem erheblichen Einbruch kommen. Weder die Nachfrage nach Geschosswohnungen noch die Baumaßnahmen im Bestand können angesichts großer Leerstände den Rückgang abfangen. Die Wohnungsbauinvestitionen werden im Jahr 2005 um 1,3% sinken. Im Jahr darauf verstärkt sich die Abwärtsbewegung weiter.

Auch die Entwicklung im *gewerblichen Bau* dürfte eher verhalten verlaufen. Das zu erwartende stärkere gesamtwirtschaftliche Wachstum wird angesichts der hohen Leerstände auf den Büroimmobilienmärkten vorerst nicht auf die Neubautätigkeit der Unternehmen ausstrahlen. In fast allen wirtschaftlich zentralen Standorten ist die Leerstandsquote mittlerweile der Zehnprozent-Marke sehr nahe gekommen.⁵ Kennzeichnend für das Jahr 2005 wird der Leerstandsabbau bei deutlich reduzierten Bauneustarts sein. Gleichwohl verweisen die zuletzt wieder leicht aufwärtsgerichtete Tendenz der Baugenehmigungen in einzelnen Segmenten und die abgebremsten Mietpreisrückgänge auf eine Abflachung des Abwärtstrends in diesem Bereich hin. Eine Trendwende ist im Zuge der allgemeinen wirtschaftlichen Erholung, der sich auch weiter verbessernden Ertragsaussichten und noch moderater Zinsen erst im Jahr 2006 zu erwarten. Bestimmend für die Zukunft bleibt die generelle Tendenz, dass mit der Tertiarisierung der Wirtschaft und Miniaturisierung ihrer Anlagen der Neubedarf an Gebäudekapazitäten sinkt. Die gewerblichen Bauinvestitionen verringern sich im Jahr 2005 um 1,2%. Im Jahr 2006 könnte sich dann ein kleines Plus ergeben.

Die *öffentlichen Bauinvestitionen* werden im Prognosezeitraum weiter zurückgehen, das Tempo

⁵ Vgl. <http://www.rdm-bundesverband.de>: Pressemitteilung vom 4. Oktober 2004.

dürfte aber deutlich geringer ausfallen als in den Jahren zuvor. Zwar können die Kommunen – Hauptträger öffentlicher Investitionen – aufgrund des kommunalen Haushaltsrechts weiterhin nur eingeschränkt auf Kreditfinanzierung zurückgreifen, wegen einer Entspannung bei den Gewerbesteuer-einnahmen dürften sie aber etwas größere Spielräume für Investitionsausgaben erhalten. Für den gesamten öffentlichen Bau rechnet das IWH im Jahr 2005 mit einer Schrumpfung um 0,5%. Der Rückgang im Jahr darauf dürfte ähnlich groß ausfallen.

Alles in allem nehmen die Bauinvestitionen im Jahr 2005 um 1,2% ab. Im Jahr 2006 dürften sie wegen einer deutlich schwächeren Wohnungsbau-nachfrage in Ost- wie in Westdeutschland wieder etwas stärker sinken, auch wenn sich die Rückgänge im öffentlichen Bau nicht beschleunigen und sich eine Erholung im Wirtschaftsbau Westdeutschlands abzeichnet.

Tabelle 7:
Regionale Entwicklung der Bauinvestitionen
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %, in Preisen von 1995 -

	2003	2004	2005
Westdeutschland	-2,6	-0,6	-0,7
Wohnbauten	-2,2	1,0	-0,8
Gewerbliche und öffentliche Bauten	-3,2	-3,1	-0,6
Ostdeutschland	-6,0	-6,1	-3,5
Wohnbauten	-5,6	-5,5	-4,5
Gewerbliche und öffentliche Bauten	-6,3	-6,5	-2,8

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2004: Schätzung, 2005: Prognose des IWH.

Nachlassende Verunsicherung der Verbraucher führt zur Wende bei Konsumausgaben

Nach Stagnation im Vorjahr gingen die Konsumausgaben der privaten Haushalte im Jahr 2004 real sogar zurück. Maßgeblich für die ausgeprägte Kaufzurückhaltung der privaten Haushalte waren die schwache Entwicklung der verfügbaren Einkommen infolge des anhaltenden Arbeitsplatzabbaus und die Kaufkrafteinbußen, die durch höhere Preise insbesondere für Energie, Tabakwaren und Ge-

sundheitsleistungen hervorgerufen wurden. Zudem trübte die Unsicherheit über die Belastungen durch die Sozialreformen das Konsumentenvertrauen im Verlaufe des gesamten Jahres stark ein. Das schlug sich in einem weiteren Anstieg der Sparquote nieder.

Im Jahr 2005 wird die Verunsicherung der Verbraucher in dem Maße schwinden, wie ihnen die Effekte der Steuerreform, der Gesundheitsreform sowie der Arbeitsmarktreformen auf ihr Haushaltsbudget transparent werden. Außerdem bessern sich die Beschäftigungsperspektiven, und die privaten Haushalte werden erstmals seit drei Jahren real wieder etwas mehr für den Konsum ausgeben.

Tabelle 8:
Verfügbares Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte^a in Deutschland
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -

	2003	2004	2005
Verfügbares Einkommen, nominal	1,2	1,4	2,3
darunter:			
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	-0,8	2,0	1,9
Monetäre Sozialleistungen	2,6	1,3	0,7
Selbständigen-, Vermögens-einkommen	1,0	1,2	4,3
Sparen	3,3	2,8	2,7
Private Konsumausgaben, nominal	1,1	1,3	2,2
<i>Nachrichtlich:</i>			
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	-0,2	0,1	1,6
Sparquote (in %)	10,7	10,9	10,9
Preisindex des privaten Konsums	1,0	1,7	1,5
Private Konsumausgaben, real	0,0	-0,3	0,7

^a Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2004: Schätzung, 2005: Prognose des IWH.

Die Bruttolöhne und -gehälter nehmen aufgrund des allmählichen Anstiegs der Beschäftigung und damit verbunden des bezahlten Arbeitsvolumens wieder stärker zu. Dahinter stehen höhere Effektivlöhne von gut 1%, die auf einem erwarteten jahresdurchschnittlichen Tariflohnerhöhung von rund 1,6% bei zugleich weiterem Abbau von außertariflichen Lohnbestandteilen beruhen. Die Entwicklung der Nettolöhne ist von gegenläufigen Einflüssen geprägt und nimmt im ähnlichen Ausmaß wie im Vorjahr zu. Zum einen führt die

letzte Stufe der Steuerreform 2000⁶ und der beginnende Übergang zur nachgelagerten Besteuerung der Alterseinkünfte zur Verringerung der Belastung der Löhne mit Steuern und Sozialabgaben: Zum anderen erhöhen sich die Sozialabgaben. Zum 1. Januar 2005 werden die Beitragssätze zur Pflegeversicherung um 0,25 Prozentpunkte für Kinderlose angehoben. Des Weiteren wird zum 1. Juli 2005 zur Finanzierung von Zahnersatz und Krankengeld ein zusätzlicher Beitragssatz in Höhe von 0,9% des Bruttolohns für Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung eingeführt. Zugleich soll der allgemeine Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung in dieser Höhe zurückgenommen werden, sodass sich für Arbeitnehmer eine Mehrbelastung von 0,45 Prozentpunkten ergibt und die Arbeitgeber in diesem Umfang entlastet werden.

Die monetären Sozialleistungen entwickeln sich schwach. Sie sind durch Leistungseinschränkungen und Abgabenerhöhungen geprägt. Für die Rentenanpassung zur Jahresmitte ist hauptsächlich aufgrund der Orientierung an die schwache Bruttolohnentwicklung des Vorjahres und des erstmalig in der Rentenanpassungsformel berücksichtigten Nachhaltigkeitsfaktors (Verhältnis von Rentnern zu Beitragszahlern) kaum mit einer Erhöhung zu rechnen. Da die Rentner zur Mitte des Jahres ebenfalls den Zusatzbeitrag für Zahnersatz und Krankengeld zu leisten haben, dürften die ausgezahlten Rentenbeträge sogar sinken. Das zu Beginn des Jahres neu eingeführte Arbeitslosengeld II dürfte im Durchschnitt für die bisherigen Arbeitslosenhilfempfänger zu Leistungskürzungen führen, auch wenn ein befristeter Zuschlag gezahlt wird. Dagegen werden sich erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger mit dem Arbeitslosengeld II wohl etwas besser stellen. Zeitgleich mit dem Arbeitslosengeld II wird auf Antrag für gering verdienende Eltern ein Kinderzuschlag von maximal 140 Euro je Kind eingeführt. Dieser Zuschlag ist an sehr geringe Einkommen gebunden und dürfte die Transfereinkommen nicht spürbar erhöhen.

Die Gewinnentnahmen und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte werden mit der konjunkturellen Besserung sowie den steigenden Dividenden- und Zinszahlungen wieder stärker zule-

gen. Alles in allem werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Jahr 2005 mit 2,3% merklich kräftiger als im Vorjahr ansteigen. Der nominale private Konsum dürfte etwa im gleichen Tempo wie die Einkommen zunehmen. Angesichts der verbesserten Beschäftigungsaussichten und der größeren Klarheiten über die Einkommensperspektiven werden die privaten Haushalte allmählich ihre Kaufzurückhaltung aufgeben. Die Sparquote dürfte stagnieren. Zwar nimmt die private Altersvorsorge als Sparmotiv weiter an Bedeutung zu, aber mit dem Nachlassen der Verunsicherung der privaten Haushalte geht das Angstsparen zurück. Die realen privaten Konsumausgaben werden bei weiter nur schwach steigenden Verbraucherpreisen um 0,7% zulegen.

Im Jahr 2006 dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte insbesondere wegen der zunehmenden Beschäftigung etwas stärker als im Jahr 2005 expandieren. Der reale private Konsum dürfte – auch infolge einer schwächeren Preisentwicklung – etwas kräftiger steigen.

Teuerung bleibt moderat

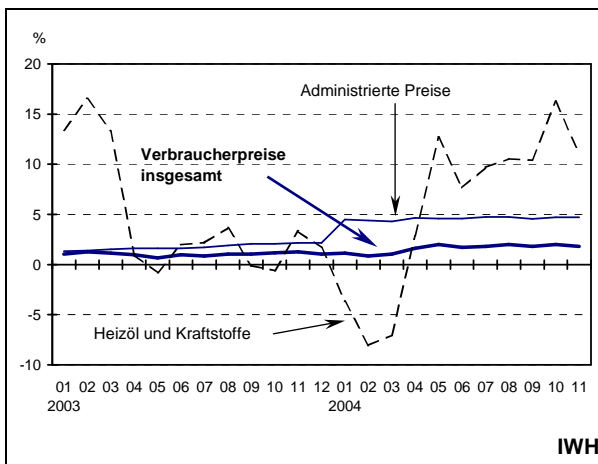
Im Jahr 2004 stiegen die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt um 1,6%, wobei es im Jahresverlauf zu einer Verdopplung der Teuerungsrate von rund 1% im Januar auf ca. 2% im Dezember kam. Maßgeblich für diese Erhöhung waren zum einen staatliche Maßnahmen wie die Anhebung der Tabaksteuer sowie die Preiswirkungen der Gesundheitsreform und zum anderen der Anstieg der Energiepreise im Gefolge des Ölpreisschubs. Ohne die Erhöhung bei administrierten Preisen sowie bei Heizöl und Kraftstoffen betrug der Preisauftrieb über das gesamte Jahr nur 0,6%.

Im Jahr 2005 bleibt der Anstieg der Verbraucherpreise moderat. Von den Tarifabschlüssen geht erneut kein Preisdruck aus, die Lohnstückkosten stagnieren. Dagegen wirken staatliche Maßnahmen wie die Tabaksteuererhöhungen Anfang Dezember 2004 und zum 1. September 2005 sowie die Anhebung der Kfz-Steuer für wenig schadstoffreduzierte PKW zum 1. Januar 2005 preiserhöhend. Die Preise für Öl und andere Rohstoffe werden im Jahresverlauf leicht zurückgehen, sie verharren jedoch auf hohem Niveau. Das führt in der ersten Jahreshälfte im Preisindex noch zu einem Basis-

⁶ Ab 1. Januar 2005 sinkt der Eingangssteuersatz von 16% auf 15% und der Spitzensteuersatz von 45% auf 42% .

effekt durch höhere Jahresraten bei den Energiepreisen. Darüber hinaus wird es zu indirekten Preiseffekten durch die Überwälzung der ölpreisbedingten Mehrkosten bei Konsumgütern und Dienstleistungen auf die Verbraucher kommen. Der starke Euro dürfte allerdings die Preise für importierte Rohstoffe und Güter dämpfen. Alles in allem wird der Verbraucherpreisindex im Jahresdurchschnitt 2005 um 1,5% zunehmen. Ohne weitere Anhebung von administrierten Preisen dürfte die Teuerung im Jahr 2006 abflachen.

Abbildung 3:
Entwicklung des Verbraucherpreisindex und ausgewählter Komponenten
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

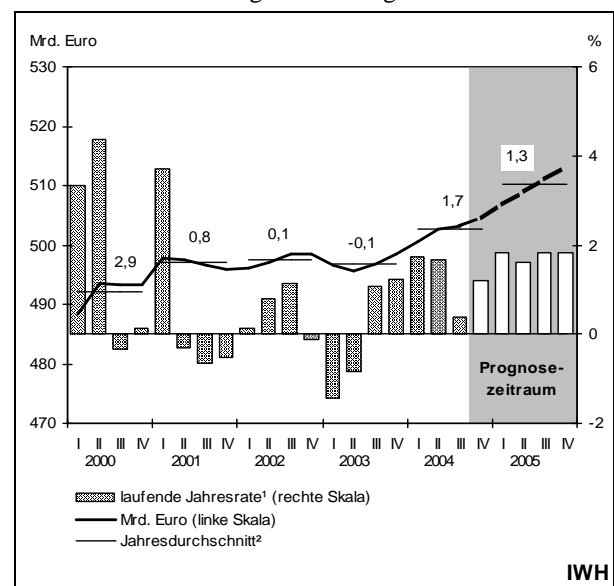
Konjunktureller Auftrieb der Produktion beschleunigt sich etwas

Die deutsche Wirtschaft hat im Schlussquartal 2004 die Schwächephase in den Monaten Juli bis September überwunden. Die gesamtwirtschaftliche Produktion hat wieder verstärkt zugelegt, wenngleich weniger kräftig als in der ersten Jahreshälfte. Maßgeblich war die Belebung der Nachfrage nach Investitions- und Gebrauchsgütern. Dadurch erhielt vor allem die Industrie kräftige Impulse.

Im Jahr 2005 wird die konjunkturelle Entwicklung zunächst verhalten ausfallen, da die privaten Haushalte ihre Konsumzurückhaltung erst nach und nach aufgeben werden. Die allmähliche Stärkung der Konsumnachfrage wird bis in das Jahr 2006 hinein reichen und sowohl die Industrie-

produktion als auch private Dienstleistungen anregen. Die Bautätigkeit wird zwar nach dem Auslaufen der Sondereffekte im Eigenheimbau wieder stärker als 2005 sinken. Die anhaltende Kräftigung der Investitionstätigkeit bei Maschinen, Ausrüstungen und sonstigen Anlagen wird aber zusammen mit der Wende zu wieder mehr Konsum ausreichen, die nachlassenden Impulse aus dem Ausland zu kompensieren. Insgesamt wird sich die konjunkturelle Dynamik nach 1,2% im Jahr 2004 im Prognosezeitraum (2005: 1,5% und 2006: 1,9%) etwas erhöhen. Wegen der abnehmenden Zahl von Arbeitstagen in den beiden kommenden Jahren wird das Bruttoinlandsprodukt jedoch 2005 nur um 1,3% und 2006 um 1,7% steigen.

Abbildung 4:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. - ²⁾ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2004: Schätzung, 2005: Prognose des IWH.

In Ostdeutschland (ohne Berlin) haben zwar die vom Ausland ausgegangenen konjunkturellen Impulse die Industrieproduktion ebenfalls angeregt. Infolge der relativ geringen Orientierung auf die Auslandsmärkte ist die Gesamtwirtschaft jedoch beim Wachstum gegenüber Westdeutschland wieder zurückgefallen. Mit der Belebung der Inlandsnachfrage wird 2005 die Produktion in Ostdeutschland neue Impulse aufnehmen. Der Output im Verarbeitenden Gewerbe wird weiterhin überdurch-

schnittlich expandieren, während der private Dienstleistungssektor nach der Schwäche im vergangenen Jahr zulegen dürfte. Dagegen wird die rückläufige Bautätigkeit die Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität erneut bremsen. Im Jahresdurchschnitt wird 2005 das Bruttoinlandsprodukt in den neuen Ländern etwa mit 1% steigen und 2006 fast wie in den alten Ländern mit 1,5%. Die dämpfenden Einflüsse durch die schwächer werdenden Impulse aus dem Ausland werden die wirtschaftliche Expansion in den neuen Länder weniger stark beeinträchtigen.

Leichte Besserung am Arbeitsmarkt

Im Jahr 2004 hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht verbessert. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen nahm zwar geringfügig ab und die der Erwerbstätigen gegenüber dem Vorjahr zu. Der Beschäftigungszuwachs ist jedoch ausschließlich auf eine deutliche Ausweitung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse und der selbständigen Tätigkeiten, zu denen auch die Ich-AGs gehören, zurückzuführen. Hinzu kommt, dass seit Oktober durch die Agenturen für Arbeit in Zusammenarbeit mit kommunalen Partnern und anderen regionalen Beschäftigungsträgern zusätzlich „Ein-Euro-Jobs“ angeboten werden. Allein dadurch wurden im vierten Quartal etwa 60 000 Personen nicht mehr als Arbeitslose registriert und gelten seitdem als beschäftigt. Dies entspricht einer Zunahme der Erwerbstätigenzahl im Jahresdurchschnitt um 15 000 Personen.

Im Jahr 2005 wird sich – betrachtet man zunächst nur die konjunkturelle Komponente – die Beschäftigungssituation infolge des gesamtwirtschaftlichen Produktionswachstums und bei nahezu konstanten Arbeitskosten etwas aufhellen. Die Stellenzunahme konzentriert sich auf die Dienstleister, die für Unternehmen und für private Haushalte tätig sind. Die Zahl der Mini- und Midijobs sowie der selbständigen Tätigkeiten, deren überwiegender Teil auf den tertiären Bereich entfällt,⁷

⁷ Etwa 81% der Minijobs, 85% der Midijobs und 71% der selbständigen Tätigkeiten befinden sich im tertiären Sektor. Vgl. BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: Mini- und Midijobs in Deutschland, Sonderbericht, Dezember 2004. – STATISTISCHES BUNDESAMT, Fachserie 18, Reihe 3.

wird weiter deutlich zunehmen.⁸ Hingegen wird sich der Trend zum Abbau von Vollzeit Arbeitsplätzen fortsetzen.⁹

Die Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit wird mit Beginn des Jahres 2005 – neben dem konjunkturellen Einfluss – auch durch das Inkrafttreten des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen („Hartz IV“) geprägt. Die sich daraus ergebenden Effekte können bislang nur grob abgeschätzt werden. Zunächst wird Anfang des Jahres die Zahl der registrierten Arbeitslosen deutlich ansteigen, weil sich nach der gesetzlichen Regelung des Arbeitslosengeldes II grundsätzlich alle erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger arbeitslos melden müssen, um weiterhin Anspruch auf Grundsicherung zu behalten. Allerdings könnten auch bisherige Arbeitslosenhilfeempfänger auf eine Arbeitslosmeldung verzichten, wenn dies aufgrund der verschärften Vermögensanrechnung keine finanziellen Vorteile mit sich bringt. Per saldo wird in den ersten Monaten des Jahres 2005 ein Anstieg der Zahl der registrierten Arbeitslosen um 300 000 erwartet.¹⁰

Im weiteren Jahresverlauf wird ein kontinuierlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit in dem Maße eintreten, in dem weitere zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten (Ein-Euro-Jobs) geschaffen werden. Im Durchschnitt des Jahres 2005 werden, wie hier geschätzt, ca. 140 000 solcher Stellen neu entstehen. Hinzu kommt, dass auch die verstärkten Vermittlungsbemühungen in Kombination mit den nochmals strikter gefassten Zumutbarkeitskriterien zur Besetzung von offenen Stellen führen werden. In der Prognose wird von jahresdurchschnittlich etwa

⁸ Der Anteil der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten an den abhängig Beschäftigten nahm von 11,6% im Jahr 2000 auf 14,2% im Jahr 2004 zu. Der Anteil der Midijobs an den abhängig Beschäftigten lag Ende 2003 – zeitnähere Angaben liegen nicht vor – bei 2,1%. Der Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen stieg von 10,3% im Jahr 2000 auf ca. 11,2% im Jahr 2004 (vgl. ebenda).

⁹ Im Zeitraum von 1991 bis 2003 nahm die Zahl der Vollzeitbeschäftigten in Deutschland um 17% ab. Vgl. AUTORENGEMEINSCHAFT: Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2003 und 2004, MITT-AB 1/2003, S. 39.

¹⁰ Vgl. auch: BACH, H.-G.; GAGGERMEIER, C.; KETNER, A.; ROTHE, T.; SPITZNAGEL, E.; WANGER, S.: Entwicklung des Arbeitsmarktes im Jahr 2005, in: IAB Kurzbericht, Nr. 17. Nürnberg 2004, S. 5.

Tabelle 9:

Eckdaten des Arbeitsmarktes in Deutschland

- Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen -

	Deutschland			Westdeutschland (mit Berlin)			Ostdeutschland (ohne Berlin)		
	2003	2004	2005	2003	2004	2005	2003	2004	2005
Erwerbstätige (Inland)	38 314	38 385	38 695	32 664	32 765	33 060	5 650	5 620	5 635
darunter:									
ABM-Beschäftigte ^a	137	115	100	45	25	10	94	90	60
Berufliche Vollzeitweiterbildung	224	170	160	144	95	80	80	75	60
Vorruheständler ^b	359	394	400	248	264	275	109	130	135
Arbeitslose ^c	4 377	4 369	4 560	3 060	3 067	3 240	1 317	1 302	1 320
Arbeitslosenquote ^d (in %)	10,3	10,2	10,5	8,6	8,6	8,9	18,9	18,8	19,0

^a Bis 2003: Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungs- und traditionellen Strukturanpassungsmaßnahmen sowie in Strukturanpassungsmaßnahmen SAM OfW. – ^b Einschließlich der Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – ^c Nationale Definition. – ^d Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Statistisches Bundesamt (Rechenstand: November 2004); Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: April 2004); Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH; 2004: Schätzung, 2005: Prognose des IWH.

60 000 Stellenbesetzungen ausgegangen. Insgesamt scheiden im Jahr 2005 rund 210 000 Personen aus der registrierten Arbeitslosigkeit aus und werden als Beschäftigte gezählt. Etwa drei Viertel davon sind allerdings staatlich subventionierte Ein-Euro-Jobs. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird durch die Umsetzung von Hartz IV um etwa 90 000 zunehmen.

Die Lage am Arbeitsmarkt wird auch im Jahr 2005 durch Beschäftigung fördernde Maßnahmen beeinflusst. Dabei setzt sich der Trend zur Rückführung der traditionellen Instrumente wie Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen sowie Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung zugunsten der direkten Eingliederungshilfen in den ersten Arbeitsmarkt fort. Die bisherigen Reformen werden zwar die Beschäftigung weiterhin stützen, ihr Einfluss dürfte aber schwächer werden. Dies gilt insbesondere für die Ich-AGs, da nunmehr ein tragfähiges Geschäftskonzept vorgelegt werden muss. Zudem dürfte die Zahl derjenigen, die aufgeben, deutlich zunehmen, weil die Ertragserwartungen nicht eintreten und im zweiten Jahr die Förderung geringer wird.

Im Jahr 2006 wird sich infolge der wieder stärkeren gesamtwirtschaftlichen Expansion die Lage auf dem Arbeitsmarkt leicht bessern. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte um ca. 325 000 über und die der registrierten Arbeitslosigkeit um 270 000 unter dem Vorjahresstand liegen.

In Ostdeutschland (ohne Berlin) wird sich auch im Jahr 2005 die Lage am Arbeitsmarkt nicht verbessern. Die Zahl der Beschäftigten steigt zwar leicht. Dies ist jedoch ausschließlich auf die Schaffung von Ein-Euro-Jobs zurückzuführen. Auch hier wird sich zu Beginn des Jahres die registrierte Arbeitslosigkeit infolge der Einführung des Arbeitslosengeldes II erhöhen. Der Anstieg fällt jedoch im Vergleich zum Westen etwas geringer aus, da es relativ weniger Sozial- als Arbeitslosenhilfeempfänger gibt. Auf 1 000 Erwerbsfähige kommen im Osten 30 und im Westen 33 (erwerbsfähige) Sozialhilfeempfänger. Bei der Arbeitslosenhilfe sind es 86 bzw. „nur“ 30.

Öffentliche Haushalte laufen immer weiter aus dem Ruder

Im Jahr 2004 wurde die im Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) festgelegte Defizitobergrenze zum dritten Mal in Folge verfehlt. Nach der hier vorgelegten Prognose wird die 3%-Grenze auch im Jahr 2005 übertroffen, dabei wird die Quote allerdings um ½ Prozentpunkt sinken. Erst im Jahr 2006 zeichnet sich ein deutlicher Rückgang ab.

Waren die Einnahmen des Staates insgesamt im Jahr 2004 um ½ Prozent gefallen, werden sie im Jahr 2005 mit einer Rate von 2,1% zunehmen. Verhalten entwickeln sich dabei vor allem die Steuereinnahmen, die nur mit 1% zulegen – sie hatten im

Vorjahr allerdings sogar stagniert. Einnahmesenkend wird die letzte Steuerreformstufe wirken, die zum 1. Januar 2005 in Kraft tritt und die Wirtschaft um 6½ Mrd. Euro entlastet. Auch führt die nachgelagerte Besteuerung von Alterseinkünften vorübergehend zu geringeren Steuereinnahmen, und die Entwicklung am Arbeitsmarkt dämpft weiterhin das Lohnsteueraufkommen. Einnahmestiegendernd wirkt hingegen auch noch im Prognosezeitraum der zu Beginn des Jahres 2004 in Kraft getretene Abbau von Steuersubventionen. Außerdem werden mit dem Übergreifen der Erholung auf die Binnennachfrage die Steuern vom Umsatz wieder deutlicher zunehmen. Schließlich werden die beiden letzten Stufen der Tabaksteuererhöhung zu Mehreinnahmen führen, wenn diese auch deutlich hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückbleiben.

Die Einnahmen aus den Sozialbeiträgen sind im Jahr 2004 gesunken. Im Jahr 2005 werden sie hingegen wieder mit 2% zunehmen. Hierzu trägt auch der Sonderbeitrag für kinderlose Versicherte bei, den diese ab dem 1. Januar 2005 zur Pflegeversicherung zu entrichten haben. Weiterhin wird unterstellt, dass die Gesetzlichen Krankenkassen ihre kumulierten Überschüsse auch im ersten Halbjahr 2005 dazu nutzen werden, Schulden abzubauen und nicht dazu, die Beitragssätze zu senken. Außerdem ist angenommen, dass die zum 1. Juli 2005 vorgesehene Umfinanzierung von Krankengeld und Zahnersatzleistungen aufkommensneutral durchgeführt wird.

Bei den übrigen Einnahmen werden die Verkäufe im kommenden Jahr deutlich zulegen, denn hier werden die Erlöse aus der Maut verbucht. Die empfangenen Vermögenseinkommen werden leicht zunehmen. Zwar ist auch im Jahr 2004 der Bundesbankgewinn durch die Entwicklung des Euro-Dollar-Wechselkurses gedrückt worden; er dürfte aber dennoch höher als im Vorjahr ausfallen. Außerdem wird sich ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) einnahmestiegendernd auswirken. Der EuGH sieht die Verzinsung, die Landesbanken für ihnen übertragene Landesvermögen in den vergangenen Jahren zahlten, als zu niedrig und damit subventioniert an. Die Banken wurden zu einer Rückzahlung dieser Subventionen verurteilt. Dadurch werden den Ländern Einnahmen in einer Größenordnung von insgesamt 1,5 bis 2 Mrd. Euro

zufließen. Zwar planen die Länder, den Banken diesen Betrag über Umschichtungen wieder zukommen zu lassen, sodass sich die Vermögenspositionen letztlich nicht ändern. Die Defizitquote in Abgrenzung der VGR wird allerdings sinken, denn die Einnahmen der Länder schlagen sich in ihr nieder, die Vermögensdispositionen jedoch nicht.¹¹ Vor allem werden aber die sonstigen laufenden Transfers steigen. Die Veräußerung der Forderungen der Postpensionskassen an die Deutsche Telekom und die Deutsche Post werden hier mit 5,5 Mrd. Euro gebucht.¹²

Die Ausgaben des Staates werden im Jahr 2005 mit 1,3% zulegen, nachdem sie im vergangenen Jahr nahezu konstant geblieben waren. Die Vorleistungen und die sozialen Sachleistungen werden im Jahr 2005 wieder steigen (3,6% nach -0,6%). Zum einen wird die Entwicklung im Gesundheitsbereich nicht weiter gedämpft. Die Arbeitnehmerentgelte werden auch im Jahr 2005 nicht zunehmen, denn aufgrund der Sparzwänge, denen sich die öffentliche Hand gegenüber sieht, ist eine Nullrunde bei den Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst zu erwarten; zudem geht der Personalabbau weiter.

Die monetären Sozialleistungen werden sich leicht (mit 0,7%) erhöhen. So ist auch im kommenden Jahr bei den Rentenzahlungen nur mit einem verhaltenen Anstieg zu rechnen, denn in der ersten Jahreshälfte wirkt die Nullrunde vom Vorjahr nach. Allerdings waren die Lohnsteigerungen pro Kopf auch im Jahr 2004 so verhalten, dass sich aufgrund formalisierter Zusammenhänge auch für 2005 eine negative Rentenanpassung ergeben hätte.¹³ Allein ein Passus, der eingeführt wurde, damit der Nachhaltigkeitsfaktor nicht zu Rentensenkungen führt, verhindert dies und bewirkt so eine Nullrunde.

¹¹ Allerdings ist die zeitliche Verteilung der Zahlungseingänge gegenwärtig noch schwer absehbar, denn die Landesbanken verhandeln mit den Ländern über die Rückzahlungsmodalitäten.

¹² Für das Jahr 2006 ist eine Transaktion in ähnlicher Größenordnung vorgesehen, falls die Opposition nicht einem weiteren Abbau von Subventionen und Steuererleichterungen zustimmen sollte.

¹³ Bei der Rentenanpassung wird neben der Lohnentwicklung je Beschäftigten auch die Riesterrente berücksichtigt.

Bei den Subventionen, die seit Jahren leicht rückläufig sind, ist im Jahr 2005 mit einem sprunghaften Rückgang zu rechnen (-9%). Der Grund liegt darin, dass die im Jahr 2004 zuviel gezahlten Steinkohlesubventionen mit den laufenden Subventionszahlungen verrechnet werden dürften.¹⁴ Die Ausgaben werden außerdem durch die Entwicklung der Bruttoinvestitionen des Staates gedämpft. Diese sinken zwar nicht mehr so stark wie in den Vorjahren, der Negativtrend ist aber ungebrochen.

Im Jahr 2006 zeichnet sich eine Entspannung bei den öffentlichen Finanzen ab. Die Einnahmen werden wieder deutlich mit 3,3% zunehmen, vor allem weil die Steuereinnahmen mit 6,9% steigen. Dies liegt vor allem daran, dass ohne erneute Tarifsenkung die Progression bei der Einkommensbesteuerung wieder voll zum Tragen kommt. Außerdem werden die Körperschaft- und die Gewerbesteuer aufgrund der Gewinnentwicklung in den Vorjahren recht dynamisch zulegen. Schließlich werden mit dem Übergreifen der konjunkturellen Belebung auf den Arbeitsmarkt im Jahr 2006 auch die Einnahmen aus Sozialbeiträgen wieder stärker steigen.

Die Ausgaben des Staates werden im Jahr 2006 um lediglich 0,5% zunehmen; dies ist weiterhin vor allem auf die Konsolidierungszwänge zurückzuführen. Aber auch die monetären Sozialausgaben werden den Ausgabenanstieg dämpfen, denn die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige wird sich in diesem Jahr verstärkt in den öffentlichen Haushalten niederschlagen.

Am Ende des Prognosezeitraums wird die Defizitquote bei knapp 2½% liegen. Die Finanzpolitik ist über den gesamten Prognosezeitraum neutral ausgerichtet, sie wirkt allerdings leicht restriktiv.

Wirtschaftspolitik

Geldpolitik im Spannungsfeld zwischen innen- und außenwirtschaftlichen Herausforderungen

Im Zuge des kräftigen weltwirtschaftlichen Aufschwungs haben wichtige Zentralbanken ihre Leit-

zinsen erhöht, namentlich die der USA und die Bank von England, aber auch – zum ersten Mal seit neun Jahren – die chinesische Notenbank. Anders die EZB: sie konnte das ganze Jahr 2004 am Leitzins von 2% festhalten, weil der Aufschwung im Euroraum bisher nur als konjunkturelle Erholung angekommen ist. Damit ist der kurzfristige Realzins in etwa null, und auch der langfristige Realzins ist mit knapp 2% recht niedrig.¹⁵ Die Geldpolitik ist also weiterhin deutlich expansiv, obwohl der Verbraucherpreisanstieg seit dem Frühjahr 2004 wieder oberhalb der 2%-Zielmarke liegt (November: 2,2%). Wie Umfrageergebnisse und Marktdaten belegen, glauben die Finanzmärkte aber nach wie vor, dass die EZB mittelfristig eine Inflationsrate von etwa 2% erreichen wird. Die EZB darf diese Einschätzungen als Erfolg verbuchen; schließlich haben sich die Inflationsraten im Euroraum während der langjährigen konjunkturellen Schwächephase häufiger über- als unterhalb der EZB-Zielmarke gehalten. Das ist freilich zu einem großen Teil auf zwei von der konjunkturellen Entwicklung im Euroraum weitgehend losgelöste Einflussfaktoren zurückzuführen: auf den rasanten Anstieg des Erdölpreises sowie auf Erhöhungen administrierter Preise. Es ist freilich irreführend, hier von Einmalfaktoren zu sprechen; denn dieselben Faktoren haben in den vergangenen Jahren immer wieder eine Rolle gespielt. Auch künftig werden die Preise für Energie in Folge des mittelfristig hohen weltwirtschaftlichen Nachfragewachstums langfristig wohl stärker steigen als das gesamtwirtschaftliche Preisniveau; und weil die Lage der öffentlichen Haushalte in einigen Ländern des Euroraums auch in den nächsten Jahren angespannt bleiben wird, werden finanzpolitische Anforderungen weiterhin auf das Preisniveau ausstrahlen. Die EZB hätte ihre Zielmarke wohl um einen halben Prozentpunkt höher gesetzt, wären

¹⁴ Der Weltmarktpreis für Steinkohle stieg im Jahr 2004 so hoch, dass deutsche Kohle auch ohne Subventionen wettbewerbsfähig war.

¹⁵ Der kurzfristige Realzins wird hier anhand der Differenz zwischen Dreimonatszinssatz und Kernrate des HVPI (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) gemessen, der langfristige Zins anhand von Renditen öffentlicher Anleihen von Ländern des Euroraumes mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren. Der Realzins wird bestimmt, indem davon die erwartete langfristige Inflationsrate von etwa 2% abgezogen wird. Sie ergibt sich aus Expertenbefragungen der EZB oder (mit sehr ähnlichen Ergebnissen) unter Verwendung der Break Even-Inflationsrate indexierter französischer Staatstitel.

diese beiden Faktoren Ende der 90er Jahre schon absehbar gewesen.

Dämpfend auf Importpreise und Inflation wirkt der Fall des Dollar seit dem Herbst 2004. Gemeinsam mit der Ölpreishausse wird er die konjunkturelle Erholung im Euroraum verlangsamen. Weil deshalb die gesamtwirtschaftliche Kapazität bis über das Jahr 2005 hinaus weiterhin unterausgelastet ist, wird die Geldpolitik wohl expansiv bleiben können. Allerdings gibt die Entwicklung der Geldmenge erneut Anlass zur Sorge: In enger Abgrenzung (M1) expandiert sie mit Jahresraten von knapp unter 10%, in weiter (Geldmenge M3) mit knapp 6%. Die Abnahme der Dynamik vom Frühjahr hat sich im Sommer wieder verloren. Dabei wurden gerade in dieser Zeit die Risiken auf den Kapitalmärkten, gemessen an den impliziten Volatilitäten von Aktienindizes, recht gering eingeschätzt. Das hohe Wachstum der Liquiditätsnachfrage ist deshalb schwer zu erklären und wird auch im Jahr 2005 ein Risikofaktor für die Preisniveaustabilität im Euroraum bleiben.

Ende des Jahres hat sich der Druck auf die EZB verstärkt, gegen die rasche Abwertung des Dollar auf den Devisenmärkten zu intervenieren. Wenn die ohnehin hohe Liquiditätsausstattung der Wirtschaft in der Eurozone nicht noch weiter aufgebläht werden soll, müssten Dollarkäufe allerdings durch eine Rückführung des Offenmarktgeschäfts konterkariert werden, und die Aussichten einer solchen sterilisierten Intervention, den Wechselkurs nachhaltig zu beeinflussen, sind eher zweifelhaft. Befürworter einer solchen Maßnahme meinen zwar, dass eine nicht von Fundamentaldaten getriebene Wechselkursbewegung schon durch eine einmalige Intervention gestoppt werden könnte, wenn nämlich die Spekulation der Händler auf eine stetige Fortsetzung des Markttrends gebrochen würde. Allerdings gibt es gute Argumente dafür, dass die gegenwärtige Dollarschwäche fundamentale Ursachen hat (siehe Kasten 1). Die europäische Währungspolitik sollte sich deshalb nicht das Ziel setzen, um jeden Preis den Dollarkurs des Euro zu stabilisieren. Vielmehr gilt es, durch internationale Koordination zu verhindern, dass Interventionen dritter Währungsbehörden zugunsten der US-Währung wieder wie vor Jahresfrist aus einer Dollarschwäche eine massive Aufwertung des realen effektiven Außenwertes des Euro ma-

chen. Tatsächlich betrifft die jüngste Abwertungsrunde des Dollar nicht nur den Wechselkurs gegenüber dem Euro, sondern gegenüber den meisten wichtigen Währungen.

Finanzpolitik: Same Procedure as last year?

Nach der vorliegenden Prognose zeichnet sich auch im Jahr 2005 ein Überschreiten der im Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) festgelegten Obergrenze von 3% des Budgetdefizits des Staates in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt ab. Die Bundesregierung hat wiederholt erklärt, unterhalb dieser Grenze bleiben zu wollen. Um die fiskalpolitischen Bindungen einhalten zu können, ist ein Bündel von Maßnahmen beschlossen worden.¹⁶ Allerdings besteht es nahezu ausschließlich aus Einmalmaßnahmen.¹⁷

Den größten Effekt hat die Veräußerung von Forderungen der Postpensionskasse. Diese Kasse hält Forderungen gegenüber der Deutschen Telekom und der Deutschen Post, die aufgrund von Pensionsverpflichtungen der beiden ehemaligen Staatsunternehmen gegenüber ihren früheren Beamten entstanden waren. Die Veräußerung dieser Forderungen führt zu einer Entlastung der öffentlichen Haushalte in Höhe von 5½ Mrd. Euro. Allerdings wird der Verkauf nur mit einem Abschlag möglich sein, wodurch die Kosten für den Staat letztlich höher sind, als sie es bei einer Kreditfinanzierung gewesen wären. Auch die Rückzahlungen von Subventionen, die einige Länder von ihren Landesbanken aufgrund eines Urteils des EuGH zu erwarten haben, werden den für den SWP relevanten Finanzierungssaldo verringern – denn diese Rückzahlungen sind Einnahmen in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Zwar werden die Länder die Finanzpositionen der Landesbanken über einen Mittelrückfluss letztlich wieder auffüllen, dies ist aber eine

¹⁶ Neben dem SWP, der auf die Entwicklung der öffentlichen Finanzen im gesamten Staat fokussiert ist, ist in Deutschland noch die Verschuldungsgrenze nach Art. 115 GG zu nennen, die für den Bundeshaushalt gilt. In vielen Länderverfassungen finden sich ähnliche Beschränkungen.

¹⁷ Eine Ausnahme stellt die Nullrunde bei den öffentlichen Tarifabschlüssen dar, die von der Regierung gewollt und in der Prognose unterstellt ist. Daher werden sich die konsumtiven Ausgaben des Staates auf Dauer auf einem niedrigeren Niveau entwickeln.

Transaktion der Finanzstatistik und damit für die Defizitquote des SWP nicht relevant. Alles in allem zeigt die Finanzplanung für das Jahr 2005 nur allzu deutlich, wie leicht die Einhaltung des Kriteriums des SWP manipuliert werden kann.

Trotz Berücksichtigung der anvisierten Maßnahmen kommt das IWH zu dem Ergebnis, dass Deutschland das Defizitkriterium im Jahr 2005 wieder verletzen wird. Die EU-Kommission hat hingegen das im Dezember 2004 vorgelegte deutsche Stabilitätsprogramm nach eingehender Prüfung akzeptiert. Damit zeichnet sich Folgendes ab: Die Kommission wird die Entwicklung der öffentlichen Finanzen im Frühjahr und im Herbst prüfen und im Laufe des Jahres 2005 die Gefahr einer Überschreitung der Defizitobergrenze feststellen. Dann wird die Wiederaufnahme des Verfahrens wegen eines übermäßigen Defizits gegen Deutschland erneut auf die Tagesordnung kommen.¹⁸ Die deutsche Finanzpolitik wird hektisch nach Einsparmaßnahmen suchen, die allerdings von der Opposition ausgebremst werden dürften. Schließlich liegt die Defizitquote dann bei 3,5% des nominalen Bruttoinlandsprodukts.

Der SWP hat einen Konstruktionsfehler. Das laufende Defizit als Zielwert des Paktes besticht zwar durch Einfachheit und Beobachtbarkeit. Die Transparenz wird aber schon durch die Beeinflussbarkeit der Bestandteile eingeschränkt, und die Anreize zu einem manipulativen Verhalten sind groß.

Die Einhaltung des Defizitziels wird im Jahr 2005 nur möglich sein, wenn sich die Politik auf weitere Einsparungen einigt, und dies, obwohl die

gesamten Ausgaben des Staates lediglich um 1,3% zunehmen. Die Staatsquote sinkt von 48,8% im Jahr 2003 über 47,5% im Jahr 2004 auf 46,8% am Ende des Prognosezeitraums. Verlängert man den zeitlichen Prognosehorizont, indem man den von der Regierung im Stabilitätsprogramm angenommenen Wachstumstrend einsetzt, um die Konjunkturprognose des IWH fortzuschreiben, wird die Staatsquote am Ende des mittelfristigen Finanzplanungszeitraums im Jahr 2008 auf 44½% gesunken sein. Dieser in den heutigen Planungen vorgesehene Ausgabekurs ist eindeutig auf Konsolidierung angelegt.¹⁹ Wird nun ein Pfad verbindlich festgelegt, kann er helfen, diesen Kurs auch in den hier prognostizierten relativ guten Zeiten beizubehalten. Dahingegen setzt der SWP nur dann Anreize, wenn die Konsolidierungszwänge zunehmen.

Wie vom IWH schon oft gefordert, muss die am Defizit ausgerichtete Strategie in eine in sich konsistente fiskalpolitische Regel umgebildet werden.²⁰ Ein Ausgabenpfad wird die Konsolidierung auf europäischer Ebene befördern. Will man einen solchen Pakt auf die nationale Ebene übertragen, kann der Pfad unmittelbar auf die einzelnen Ebenen heruntergebrochen werden. Neben einer unterjährigen Erfolgskontrolle müssten die Sanktionen bei einem Verstoß für jeden Handlungsträger, ob Gesamtstaat oder einzelne Ebene, klar definiert sein und automatisch einsetzen, wenn eine Zielverfehlung vorliegt.

Arbeitskreis Konjunktur

Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de)

*Marian Berneburg, Hans-Ulrich Brautzsch,
Kristina van Deuverden, Christian Dreger,
Ruth Grunert, Axel Lindner, Brigitte Loose*

¹⁸ Wird das Verfahren wieder aufgenommen, könnten für Deutschland Strafzahlungen von bis zu 10 Mrd. Euro fällig werden, allerdings nicht mehr innerhalb des Prognosezeitraums. Werden Sanktionen verhängt, zieht dies im ersten Jahr (also frühestens im Jahr 2006) lediglich eine nicht verzinsliche Einlage nach sich. Diese setzt sich aus einer fixen Komponente in Höhe von 0,2% des realen Bruttoinlandsprodukts und aus einer variablen Größe, die 10% der Summe beträgt, um die das Defizit die 3%-Obergrenze übersteigt, zusammen. Damit wird die genaue Höhe der Sicherungseinlage von der Entwicklung des Defizits in der relevanten Maastricht-Abgrenzung im kommenden Jahre abhängen. Lediglich die Zinskosten der Einlage werden im ersten Jahr ihrer Gültigkeit die Defizitposition des Staates belasten. Werden die Zielwerte des Staates auch weiterhin nicht erreicht, wird aus der unverzinslichen Einlage schließlich eine Strafzahlung, die die öffentlichen Haushalte letztlich in voller Höhe belastet.

¹⁹ Die Defizitquote wird nach dieser Rechnung am Ende der mittleren Frist bei 1¼% liegen; ein nahezu ausgeglichener Haushalt, wie er im SWP gefordert wird, dürfte damit im Jahr 2010 erreicht werden.

²⁰ Vgl. hierzu VAN DEUVERDEN: Implementierung eines Ausgabenpfades – ein geeigneter Weg zur Konsolidierung der Staatsfinanzen, erscheint in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 2/2005.

Innovative Kompetenzen Ostdeutschlands in den Räumen Berlin und Dresden am stärksten ausgeprägt

Bei der Suche nach Ansatzpunkten für eine effektivere Wirtschaftspolitik für den Aufbau Ost sind in letzter Zeit neben den regionalen Branchenschwerpunkten²¹ und Unternehmensnetzwerken verstärkt auch die in einzelnen Regionen vorhandenen innovativen Kompetenzfelder ins Blickfeld geraten. Diese Aufmerksamkeit wird durch Erwartungen gespeist, dass nicht nur die Existenz eines Branchenschwerpunkts, sondern auch das Vorhandensein eines innovativen Kompetenzfelds eine wichtige wirtschaftliche Stärke einer Region signalisiert. Derartige Informationen erleichtern Entscheidungen darüber, wo mit wachstumsfördernden Maßnahmen angesetzt werden kann. Zumindest repräsentieren expandierende innovative Kompetenzfelder Standortqualitäten für die betreffende Region, welche sich zur Image-Bildung im Standortwettbewerb nutzen lassen. In Ausnahmefällen kann es Regionen mit bislang zurückbleibender Wachstumsdynamik durch die Entwicklung innovativer Kompetenzfelder auf der Basis radikaler Innovationen sogar gelingen, auf einen Pfad beschleunigten Wachstums zu wechseln.²² Die bisherigen Ergebnisse der Forschung zur räumlichen Verteilung innovativer Aktivitäten lassen allerdings erwarten, dass diese sich stark auf die großen Agglomerationen konzentrieren.²³

Das IWH hat im Rahmen eines Gutachtens für das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) die regionale Verteilung der innovativen Kompetenzfelder in Ostdeutschland untersucht.²⁴ Der vorliegende Artikel präsentiert zentrale Ergebnisse aus dieser Studie und geht auf einige politische Implikationen ein.

Innovative Kompetenzfelder: konzeptionelle und theoretische Bezüge ...

In der Regionalökonomik und in der Regionalpolitik wird der Begriff der innovativen Kompetenzfelder erst in jüngster Zeit aufgegriffen. Seine Verwendung markiert einen Perspektivwechsel: Während in der Vergangenheit das Wachstumspotenzial einer Region entsprechend ihrer Ausstattung mit harten Standortfaktoren taxiert wurde, richtet sich der Blick neuerdings stärker auf die Qualität des Humankapitals, auf spezifische unternehmerische Fähigkeiten und auf das Vorhandensein von Wissenschaftseinrichtungen in einer Region. Diese Neubewertung regionaler Merkmale speist sich primär aus regionalökonomischen, innovationsökonomischen und netzwerktheoretischen Erkenntnissen.

Der Begriff der innovativen Kompetenzfelder weist Überschneidungen mit ähnlich gelagerten Konzepten wie dem regionaler Cluster, regionaler Innovationssysteme, innovativer Milieus, regionaler Kompetenzzentren oder innovativer regionaler Wachstumskerne²⁵ auf. Im Rahmen der durchgeführten Untersuchung wird eine Begriffsdefinition verwendet, die folgende drei Elemente umfasst:

²¹ Vgl. dazu KRONTHALER, F.: Branchenschwerpunkte in ostdeutschen Regionen: Stark räumlich konzentriert, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 16/2004, S. 459-463.

²² Vertreter der Neuen Ökonomischen Geographie sprechen in solchen Fällen von einem „leapfrogging“-Effekt und meinen damit einen beschleunigten Aufholprozess, der mitunter so verläuft, dass die von anderen (bisher wirtschaftlich erfolgreicher) Regionen vollzogene Orientierung an einer bestimmten Technologie übersprungen oder ausgelassen wird. Vgl. BREZIS, E.; KRUGMAN, P.; TSIDDON, D.: Leapfrogging: A Theory of Cycles in National Technological Leadership, in: *American Economic Review*, Vol. 83, 1993, S. 1211-1219.

²³ Vgl. z. B. NIW; ZEW; FhG-ISI: Innovationsindikatoren zur technologischen Leistungsfähigkeit der östlichen Bundesländer. Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 20-2004. Hannover 2003. – DOHSE, D.: Regionale Verteilung innovativer Aktivitäten in Ostdeutschland. Kieler Diskussionsbeiträge 411. Kiel 2004. – FRANZ, P.: Innovationspotentiale ostdeutscher Ballungszentren im Vergleich, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 14/1999, S. 4.

²⁴ ROSENFELD, M. T. W.; FRANZ, P.; GÜNTHER, J.; HEIMPOLD, G.; KRONTHALER, F.: *Innovative Kompetenzfelder, Produktionsnetzwerke und Branchenschwerpunkte der ostdeutschen Wirtschaft*. Halle 2004. Derzeit abrufbar im Internet unter: http://www.iwh-halle.de/projects/bbr/BBR_endbericht.pdf

²⁵ Mit einem Programm des BMBF, welches diesen Namen trägt, werden in den neuen Ländern regional und thematisch fokussierte FuE-Kooperationen zwischen Unternehmen sowie zwischen Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen mit dem Ziel gefördert, die Kooperationsergebnisse in vermarktbar Produkte und Verfahren umzusetzen. Vgl. www.wachstumskerne.de

Existenz innovativer Akteure:

In einer Region müssen Unternehmen vorhanden sein, die sich dadurch auszeichnen, innovative Produkte und Verfahren mit hohen Marktchancen hervorbringen. Häufig werden unternehmerische Aktivitäten ergänzt durch Aktivitäten von Wissenschafts- und innovationsbezogenen Infrastruktureinrichtungen wie z. B. Technologietransferstellen, Technologie- und Gründerzentren.

Ausrichtung auf eine gemeinsame Technologie:

Die Wirtschaftsaktivitäten in einem innovativen Kompetenzfeld müssen nicht notwendigerweise von Unternehmen der gleichen Branche ausgehen, doch sind Produktions- und Dienstleistungsfirmen sowie Forschungseinrichtungen auf eine gemeinsame Technologie hin orientiert. Dabei spielt es zunächst keine Rolle, ob diese Technologie als Standard- (low-tech) oder als Spitzentechnologie (high-tech) einzustufen ist.

Räumliche Konzentration innerhalb einer Region:

Innovative Kompetenzfelder verteilen sich typischerweise nicht gleichmäßig im betrachteten Gesamtgebiet, sondern treten in wenigen Teilregionen räumlich konzentriert auf, sodass distanzabhängige externe Effekte (Wissens-Spillover) auftreten können. Aus regionalökonomischer Perspektive erlangen diese Innovationsaktivitäten ihre Bedeutung vor allem im Hinblick auf die Wachstumsaussichten einer Region sowie auf sich abzeichnende Spezialisierungstrends und Schwerpunktbildungen der regionalen Wirtschaft.

... und ihre Operationalisierung

Für die Messung innovativer Kompetenzfelder erscheinen output-orientierte Indikatoren (z. B. Zahl neu entwickelter Produkte und Verfahren, Patente, verkaufte Lizenzen) im Prinzip besser geeignet als input-orientierte (z. B. FuE-Aufwendungen; regional verfügbares Humankapital), da erstere eher ökonomische Innovationserfolge abbilden. Um ein innovatives Kompetenzfeld lokalisieren zu können, müssen die entsprechenden Indikatoren auch in möglichst kleinräumiger Untergliederung vorliegen.

Da im finanziellen und zeitlichen Rahmen des Projekts eine flächendeckende Befragung von Unternehmen zu Innovationserfolgen nicht möglich war, wurde zur Operationalisierung des Konzepts der innovativen Kompetenzfelder hauptsächlich die Statistik der nach Kreisen und technischen Gebieten gegliederten Patentanmeldungen ausgewertet.²⁶ Dieser Indikator dokumentiert zuallererst Erfindungsaktivitäten, die so weit gediehen sind, dass sie sich in einer Patentschrift präzisierend umschreiben lassen und die begründete Erwartung auf ihre ökonomische Verwertung besteht.²⁷ Allerdings liefert der Indikator keine Auskunft darüber, ob diese ins Auge gefasste Verwertung in der Zukunft tatsächlich erfolgt²⁸ und deckt insofern das oben für innovative Kompetenzfelder angeführte Definitionsmerkmal der Existenz von Unternehmen mit innovativen Produkten und Verfahren nicht vollständig ab. Diese Schwachstellen der gewählten Operationalisierung sind bei der folgenden Ergebnisinterpretation im Auge zu behalten.

Für den Zeitraum 1995 bis 2000 wurde die Zahl der beim Deutschen und beim Europäischen Patentamt eingegangenen Patentmeldungen pro technischem Gebiet und pro Kreis für jede Raumordnungsregion (ROR) ermittelt. Für die Identifizierung innovativer Kompetenzfelder eignet sich die absolute Zahl der Patentanmeldungen besser als

²⁶ GREIF, S.; SCHMIEDL, D.: Patentatlas Deutschland – Ausgabe 2002. München 2002. Dieser Indikator hat Schwächen, wenn es sich um innovative Kompetenzfelder handelt, deren Innovationen – wie häufig im low-tech-Bereich – nicht in Form von Patenten, sondern in Form von Gebrauchsmustern (z. B. geschützte Designs bei Möbeln) oder überhaupt nicht geschützt sind. Daher wurden zusätzliche Informationen über innovative Kompetenzfelder durch die im Rahmen des IWH-Projekts durchgeführte schriftliche Erhebung bei verschiedenen Wirtschaftsverbänden und -förderinstitutionen gewonnen. Aufgrund dieser Informationen wurden sechs zusätzliche innovative Kompetenzfelder (vier in Mecklenburg-Vorpommern, zwei in Südthüringen) identifiziert. Vgl. ROSENFELD et al., a. a. O., S. 110 f. und S. 243 f.

²⁷ Zumindest werden die Kosten des Patentierverfahrens im Vergleich zum erwarteten ökonomischen Nutzen als geringer eingeschätzt.

²⁸ Im Vergleich bleiben die Erträge aus den ostdeutschen Innovationsaktivitäten noch weit hinter den entsprechenden westdeutschen Werten zurück. DIW Berlin; IAB; IfW; IWH; ZEW: Zweiter Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland. IWH-Sonderheft 7/2003. Halle, S. 158 ff.

die häufig zu interregionalen Vergleichszwecken gewählten Maßzahlen der Patentdichte bzw. -intensität (Patentanmeldungen pro 100 000 Einwohner bzw. Beschäftigte).²⁹ Die Einbeziehung mehrerer Jahre entspricht der Vorstellung, dass ein innovatives Kompetenzfeld sich durch eine gewisse Stetigkeit der Innovationsaktivitäten auszeichnet und hat den Vorteil, dass kurzzeitige Ausschläge bei den Patentzahlen nach oben oder nach unten geglättet werden. Von der Existenz eines innovativen Kompetenzfelds in einer Raumordnungsregion kann gesprochen werden, wenn dort eine gewisse Konzentration von Patentmeldungen auftritt. Im Rahmen der vorliegenden Studie wird davon ausgegangen, dass dies der Fall ist, wenn im betrachteten Zeitraum 50 und mehr Patentanmeldungen bezogen auf ein technisches Gebiet vorliegen, d. h. im Durchschnitt mehr als acht pro Jahr.³⁰

Je höher die Zahl angemeldeter Patente, desto mehr Wissen ist erzeugt worden, welches begründete Aussichten auf marktliche Verwertung erweckt. Je höher die Zahl angemeldeter Patente, desto wahrscheinlicher wird es auch, dass die Patente nicht nur von einer Quelle, sondern von einer größeren Zahl von Firmen und Forschungseinrichtungen angemeldet werden, d. h., der Indikator sagt ebenfalls etwas über die quantitative Bedeutung eines innovativen Kompetenzfelds aus.

Innovative Kompetenzfelder in Ostdeutschland räumlich stark konzentriert ...

Die empirischen Befunde zeigen, dass innovative Kompetenzfelder erwartungsgemäß kein flächendeckendes Phänomen darstellen, sondern bisher auf bestimmte Regionen begrenzt sind. Auf der Grundlage der oben dargestellten Operationalisierung mit Hilfe der Patentstatistik lassen sich in Ostdeutschland 80 innovative Kompetenzfelder identifizieren, die in 14 der insgesamt 23 ostdeutschen Raumordnungsregionen lokalisiert sind. Mehr als die Hälfte der innovativen Kompetenzfelder konzentriert sich auf Berlin und sein südwestliches

²⁹ Auf den Indikator der Patentdichte greift z. B. zurück DOHSE, D., a. a. O.

³⁰ Die Festlegung eines solchen Schwellenwerts ist im Grunde willkürlich; er orientiert sich am Bundesdurchschnitt von etwa jährlich 50 Patentmeldungen pro Raumordnungsregion. Vgl. GREIF, S.; SCHMIEDL, D., a. a. O., S. 18.

(ROR Havelland-Fläming) sowie südöstliches Umfeld (ROR Lausitz-Spreewald) und auf Dresden mitsamt seinem Umland (ROR Oberes Elbtal/Ost-erzgebirge) (vgl. Übersicht).

Allein Berlin weist 25 innovative Kompetenzfelder auf. Für diese herausragende Stellung sind verschiedene Faktoren verantwortlich. Zum ersten geht aus der Untersuchung über die räumliche Lage der ostdeutschen Branchenschwerpunkte hervor, dass Berlin in zahlreichen Branchen der wichtigste Produktionsstandort ist.³¹ Zum zweiten verfügt Berlin über eine hohe Dichte von Forschungsinstituten und Hochschulen.³² Zum dritten waren die Unternehmen im Westteil der Stadt in die westliche Marktwirtschaft integriert, keinem Transformationsschock ausgesetzt und konnten also ihre Innovationsaktivitäten kontinuierlich fortführen.

Jeweils mehr als fünf innovative Kompetenzfelder konzentrieren sich des Weiteren in der Region in und um Chemnitz sowie im östlichen Thüringen mit dem Schwerpunkt Jena. Eine geringere Zahl von innovativen Kompetenzfeldern weisen die Regionen Halle, Leipzig und Magdeburg auf. Dagegen lassen sich allein aus der Patentstatistik keine innovativen Kompetenzfelder in Mecklenburg-Vorpommern, den nördlichen Regionen Brandenburgs, der Altmark, der Region um Dessau und Wittenberg in Sachsen-Anhalt sowie in Nordthüringen identifizieren.³³

... und auf bestimmte technische Gebiete konzentriert

Die Differenzierung der Patentanmeldungen nach einzelnen technischen Gebieten (vgl. Tabelle) lässt zunächst deutliche Unterschiede in der Patentieraktivität je technischem Gebiet erkennen.³⁴ Wäh-

³¹ Vgl. KRONTHALER, F., a. a. O., S. 461.

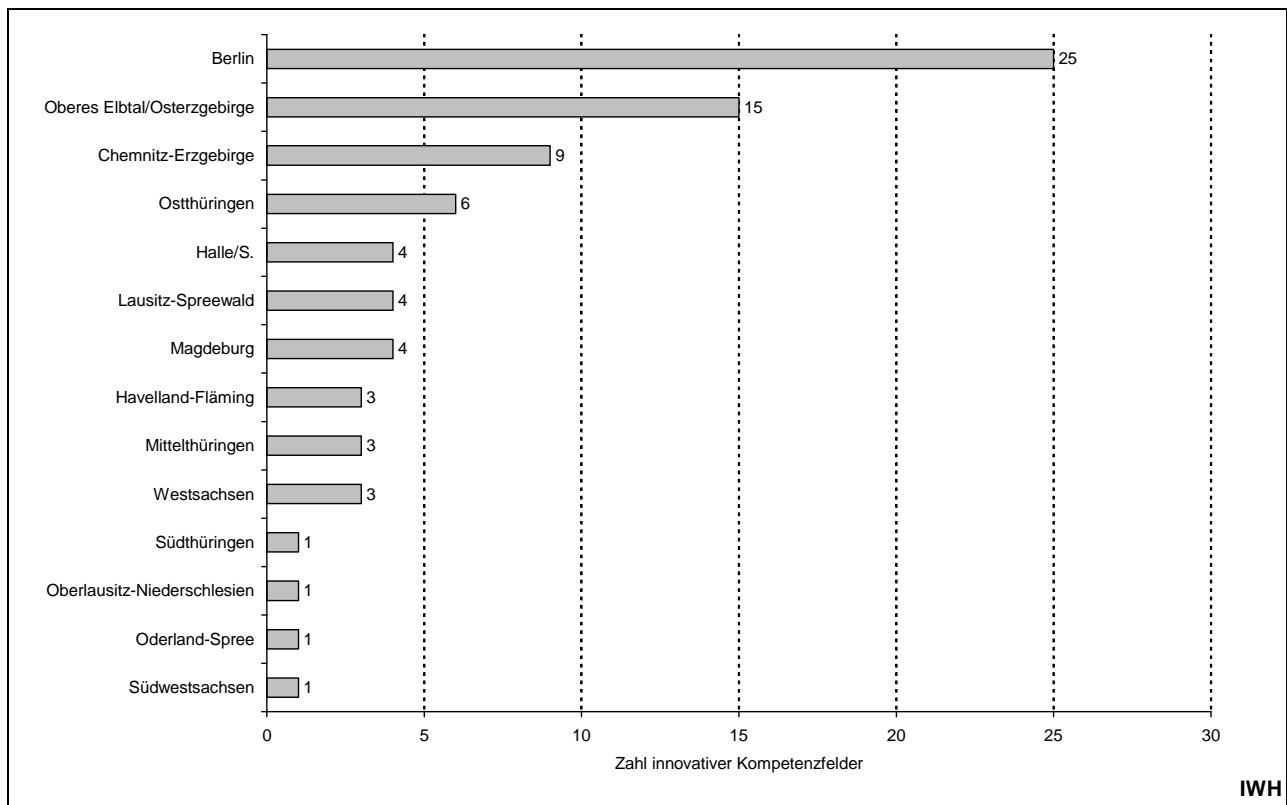
³² Diese hohe Dichte von Wissenschaftseinrichtungen führt dazu, dass in Berlin im Jahr 2000 11,3% der Patentmeldungen von Wissenschaftseinrichtungen und 29,4% von natürlichen Personen stammen, während diese Anteile deutschlandweit nur 4% bzw. 21% ausmachen. GREIF, S.; SCHMIEDL, D., a. a. O., S. 137 f.

³³ Vgl. dazu Fußnote 26.

³⁴ Diese Intensität wird beeinflusst von den unterschiedlich weiten bzw. engen Abgrenzungen der einzelnen technischen Gebiete (GREIF, S.; SCHMIEDL, D., a. a. O., S. 18) sowie von unterschiedlichen Patentierneigungen in den einzelnen Gebieten.

Übersicht:

Verteilung der innovativen Kompetenzfelder^a auf die ostdeutschen Raumordnungsregionen



^a Auf der Grundlage der Patentstatistik ermittelte innovative Kompetenzfelder.

Quelle: Zusammenstellung des IWH auf Grundlage von Greif, S.; Schmiendl, D., a. a. O.

rend im betrachteten Zeitraum von 1995 bis 2000 in der *Elektrotechnik* und im Gebiet *Messen, Prüfen, Optik, Photographie* 2 172 bzw. 2 042 Patente angemeldet wurden, ist dies im *Bergbau* und in der *Kernphysik* nur in 45 bzw. 31 Fällen erfolgt. Der Anteil der ostdeutschen Patentanmeldungen an den Patentmeldungen insgesamt beträgt für den Zeitraum 1995 bis 2000 9,1% (Summenzeile der Tabelle). Anhand dieser „Benchmark“ lassen sich solche technischen Gebiete erkennen, in welchen die ostdeutschen Patentaktivitäten unter bzw. über dem deutschlandweiten Durchschnitt liegen.

Die höchsten Anteile weist Ostdeutschland für die technischen Gebiete *Fermentierung, Zucker, Häute* mit 17,5% und *Anorganische Chemie* mit 16,4% auf. Die Patente des erstgenannten technischen Gebiets rekrutieren sich zum größten Teil aus der Biotechnologie, was sich aus seiner Bezeichnung nicht direkt erschließt.³⁵ Leicht überdurchschnittlich sind die Anteile der ostdeutschen

Patentmeldungen in den technischen Gebieten *Elektrotechnik* (11,8%) und *Messen, Prüfen, Optik, Photographie* (13,3%).

Unterdurchschnittlich besetzt sind die technischen Gebiete *Bergbau* (5,8%), *Kernphysik* (7,7%) und insbesondere mit der Fahrzeugtechnik *Fahrzeuge, Schiffe, Flugzeuge* (4,9%) eben jener Bereich, der deutschlandweit die höchste Zahl an Patentmeldungen (19 836) auf sich vereinigt.

In sechs der 31 betrachteten technischen Gebiete bleiben die Patentaktivitäten so gering, dass sich keine Raumordnungsregion findet, die im betrachteten Zeitraum 1995 bis 2000 die Zahl von 50 Patenten erreicht. In weiteren fünf technischen Gebieten wird nur in Berlin die zugrunde gelegte kritische Größe überschritten. Aus dem Sachverhalt, dass sich nur für sechs technische Gebiete kein innovatives Kompetenzfeld benennen lässt, kann man schlussfolgern, dass die ostdeutsche Wirtschaft und Wissenschaft in einer relativ breiten Palette technologischer Anwendungsbereiche aktiv sind.

³⁵ Vgl. GREIF, S.; SCHMIEDL, D., a. a. O., S. 18.

Tabelle:

Patentanmeldungen, Anteil an den deutschen Patentanmeldungen insgesamt und Raumordnungsregionen mit mehr als 50 Patentanmeldungen nach technischen Gebieten in Ostdeutschland 1995 bis 2000

Technisches Gebiet	Patentanmeldungen		Raumordnungsregionen mit (N ≥ 50) Patentanmeldungen
	in Ostdeutschland	Anteil ^a in %	
Fermentierung, Zucker, Häute	324	17,5	Berlin (152)
Anorganische Chemie	652	16,4	Berlin (122); Oberes Elbtal (87); Ostthüringen (52); Halle/Saale (50)
Druckerei	515	15,7	Oberes Elbtal (242); Berlin (104); Südwestsachsen (78)
Textilien, biegsame Werkstoffe	478	13,5	Chemnitz-Erzgebirge (157); Berlin (120)
Messen, Prüfen, Optik, Photographie	2 042	13,3	Berlin (717); Ostthüringen (323); Oberes Elbtal (218); Mittelthüringen (111); Chemnitz-Erzgebirge (93); Halle/Saale (67); Havelland-Fläming (60); Lausitz-Spreewald (55); Magdeburg (51)
Hüttenwesen	321	12,4	Oberes Elbtal (114); Berlin (83)
Elektrotechnik	2 172	11,8	Berlin (1 150); Oberes Elbtal (277); Ostthüringen (104); Chemnitz-Erzgebirge (93); Mittelthüringen (68); Havelland-Fläming (63); Südthüringen (59); Westsachsen (59); Oderland-Spree (51)
Nahrungsmittel, Tabak	187	11,8	Berlin (68)
Medizinische und zahnärztliche Präparate	350	11,3	Berlin (217)
Zeitmessung, Steuern, Regeln	904	11,1	Berlin (463); Mittelthüringen (63)
Gesundheitswesen, Vergnügungen	1 021	11,0	Berlin (435); Ostthüringen (109); Westsachsen (60); Oberes Elbtal (60)
Trennen, Mischen	887	10,7	Berlin (208); Oberes Elbtal (90); Ostthüringen (78); Halle/Saale (71); Lausitz-Spreewald (59); Chemnitz-Erzgebirge (53)
Unterricht, Akustik, Informationsspeicherung	294	9,9	Berlin (124)
Beleuchtung, Heizung	690	9,7	Berlin (190); Oberes Elbtal (113); Lausitz-Spreewald (55)
Landwirtschaft	257	9,7	-
Organische makromolekulare Verbindungen	474	9,4	Halle/Saale (153); Lausitz-Spreewald (70); Berlin (66)
Metallbearbeitung, Gießerei, Werkzeugmaschinen	545	8,5	Chemnitz-Erzgebirge (112); Berlin (89); Oberes Elbtal (63)
Organische Chemie	639	8,5	Berlin (356); Ostthüringen (50)
Bauwesen	1 004	8,1	Berlin (232); Oberes Elbtal (93); Chemnitz-Erzgebirge (72); Westsachsen (65); Magdeburg (58); Havelland-Fläming (54)
Schleifen, Pressen, Werkzeuge	619	8,1	Berlin (120); Oberes Elbtal (72)

Technisches Gebiet	Patentanmeldungen		Raumordnungsregionen mit ($N \geq 50$) Patentanmeldungen
	in Ostdeutschland	Anteil ^a in %	
Elektronik, Nachrichtentechnik	706	8,0	Berlin (407); Oberes Elbtal (60)
Kernphysik	31	7,7	-
Fördern, Heben, Sattlerei	722	7,1	Berlin (164); Oberes Elbtal (151); Magdeburg (56)
Kraft- und Arbeitsmaschinen	651	6,3	Berlin (164); Chemnitz-Erzgebirge (84)
Persönlicher Bedarf, Haushaltsgegenstände	404	6,1	Berlin (158)
Farbstoffe, Mineralölindustrie, Öle, Fette	221	6,0	-
Bergbau	45	5,8	-
Fahrzeuge, Schiffe, Flugzeuge	978	4,9	Berlin (350); Oberlausitz (61); Magdeburg (55); Chemnitz-Erzgebirge (54)
Waffen, Sprengwesen	62	4,7	-
Maschinenbau im allgemeinen	585	4,6	Berlin (142); Oberes Elbtal (75); Chemnitz-Erzgebirge (54)
Papier	59	4,4	-
Insgesamt	18 839	9,1	80 Fälle mit insgesamt 11 322 Patentmeldungen

^a Anteil an den deutschen Patentanmeldungen im jeweiligen technischen Gebiet insgesamt.

Quelle: Zusammenstellung und Berechnungen des IWH auf der Grundlage von Greif, S.; Schmiedl, D., a. a. O.

Auf Wachstumskerne gerichtete Regionalpolitik zieht hohen Informationsbedarf nach sich

Im Zuge der Überlegungen, eine flächendeckend und auf Ausgleich ausgerichtete Förderpolitik durch eine auf Wachstumskerne gerichtete Regionalpolitik zu ersetzen, tritt immer deutlicher hervor, dass diese Neuausrichtung auch einen erheblichen Informationsbedarf auf Seiten der Politik nach sich zieht. Das Wissen darüber, wo in einer Region erfolgreiche Innovationsaktivitäten gehäuft auftreten, ist für zukünftige Förderentscheidungen wichtig und notwendig. Sind innovative Kompetenzfelder darüber hinaus noch in regionale Branchenschwerpunkte eingebettet, so ist dies ein zusätzlicher Hinweis auf Ansatzpunkte für eine Förderung. Die diesem Beitrag zugrunde liegende IWH-Studie ermöglicht den Teilschritt, zu überprüfen, in welchen Regionen innovative Kompetenzfelder, Branchenschwerpunkte und Unterneh-

mensnetzwerke kumulativ auftreten und räumlich zur Deckung kommen.

Die Kompetenzfelder selbst können durch intensiven Austausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft oder durch unternehmensinterne FuE-Aktivitäten geprägt sein; ihre Patente können inkrementelle Folgeinnovationen einer wirtschaftlich bereits erfolgreich verwerteten Erfindung darstellen oder sich auf eine neue Technologie beziehen, deren Eignung für am Markt absetzbare Produkte noch unerprobt ist. Derartige tiefergehenden und für eine Förderung relevanten Informationen sind nur mit zusätzlichen Indikatoren jenseits der Patentstatistik zu erfassen. Demnach besteht nach wie vor ein erheblicher weiterer Forschungsbedarf zur Konkretisierung einer entwicklungskernorientierten Regionalpolitik für Ostdeutschland.

Peter.Franz@iwh-halle.de

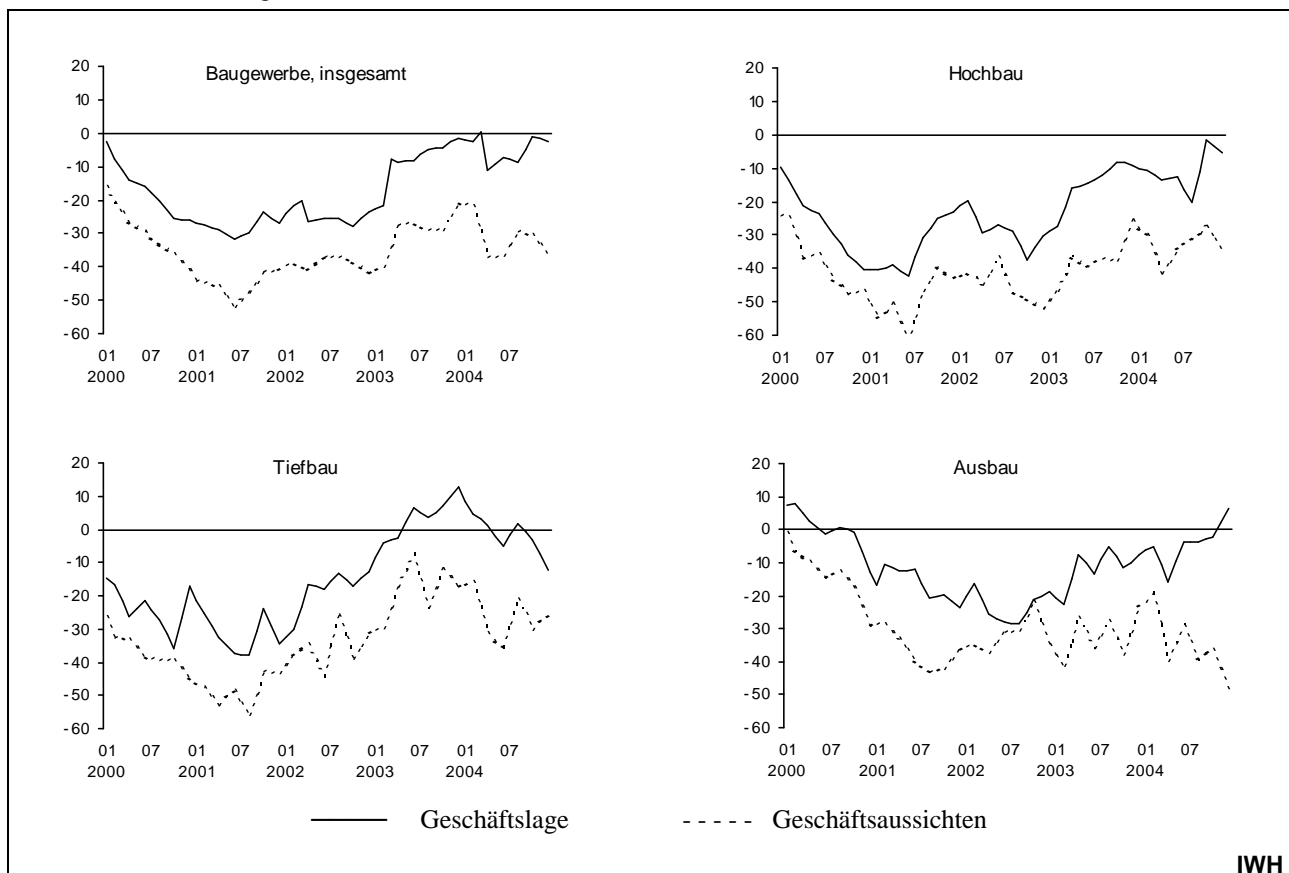
Ostdeutsches Baugewerbe im Dezember 2004: Geschäftsklima von unterschiedlichen Tendenzen geprägt

Die vom IWH regelmäßig befragten 300 ostdeutschen Bauunternehmen meldeten im Dezember 2004 zwar eine Verschlechterung der Geschäftslage gegenüber der vorangegangenen Umfrage im Oktober (vgl. Tabelle), bei Ausschluss der Saisoneffekte ergibt sich jedoch immer noch nahezu eine Balance positiver und negativer Urteile (vgl. Abbildung). Verantwortlich dafür zeichnen nach wie vor Sondereinflüsse, die in allen Sparten die an sich abwärtsgerichtete Tendenz abmildern. Die Geschäftsaussichten bis in das Frühjahr 2005 werden dagegen mehrheitlich negativ und erheblich ungünstiger als zuvor beurteilt.

Der nahezu ausgeglichene Saldo der *Geschäftslage* dürfte vor allem den vorgezogenen Aktivitäten privater Haushalte im selbstgenutzten Wohnungsbau geschuldet sein, die sich auf diese Weise die

Eigenheimförderung nach altem Recht sichern. So verbesserte sich die Lage im handwerklich ausgerichteten Ausbaugewerbe sichtlich, die Urteile fielen hier sogar mehrheitlich positiv aus. Im Hochbau ist es zwar zu einer leichten Verschlechterung gekommen, der Saldo aus den Wertungen der Betriebe verweist aber auf ein nur vergleichsweise geringes Übergewicht der Pessimisten. Dies ergibt sich neben den Wohnungsbauaktivitäten auch aus dem gewerblichen Bereich, in dem zuletzt wieder Projekte von Unternehmen sowie Bahn und Post zu einem temporären Schub geführt haben. Die sich langsam verstärkende Abwärtsbewegung im Tiefbau dürfte vor allem auf die nun auslaufenden Bauaktivitäten im Zusammenhang mit der Flutschädenbeseitigung zurückzuführen sein.

Geschäftslage und -aussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe
- Salden^a, saisonbereinigte Monatswerte -



^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe „Konjunkturdaten“ unter www.iwh-halle.de
Quelle: IWH-Baumfragen.

Die *Geschäftsaussichten* bis zum Frühjahr weisen zunehmend auf eine Fortsetzung der Abwärtsbewegung für das gesamte Baugewerbe hin. Insbesondere flachen sich die von den vorgezogenen Aktivitäten im Eigenheimbau ausgehenden Impulse ab, was die im Hoch- und Ausbau tätigen Unternehmen zu deutlich ungünstigeren Urteilen bewogen haben dürfte. Zudem beurteilen die Tiefbauunternehmen – angesichts finanzieller Zwänge der öffentlichen Hand, aber auch der Bahn – ihre Er-

wartungen über das zukünftige Baugeschäft überwiegend negativ. Ihr Stimmungsbild hat sich aber leicht verbessert und liegt über dem Gesamtdurchschnitt aller Befragten. Die Rückgänge dürften hier im Jahr 2005 wohl etwas moderater ausfallen als in den anderen Bereichen.

Brigitte.Loose@iwh-halle.de

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe
- Vergleich der Ursprungswerte zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode, Stand Dezember 2004 –

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Dez. 03	Okt. 04	Dez. 04	Dez. 03	Okt. 04	Dez. 04	Dez. 03	Okt. 04	Dez. 04	Dez. 03	Okt. 04	Dez. 04	Dez. 03	Okt. 04	Dez. 04
	- in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a -														
Geschäftslage															
Baugewerbe insgesamt	22	18	16	29	37	35	35	35	37	14	10	12	2	9	2
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe darunter ^b	22	16	13	31	39	35	32	33	41	16	12	11	5	11	-3
Hochbau	19	15	10	23	39	36	37	32	40	20	14	15	-15	8	-10
Tiefbau	25	20	20	38	36	32	26	35	42	10	10	7	27	11	3
Ausbaugewerbe	21	20	21	27	32	36	41	41	30	10	8	13	-3	4	13
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	24	16	18	28	38	30	29	32	33	19	14	19	3	8	-5
20 bis 99 Beschäftigte	23	20	15	29	33	35	39	37	40	9	11	10	4	5	0
100 und mehr Beschäftigte	12	13	14	36	50	48	32	38	38	20	0	0	-4	25	24
Geschäftsaussichten															
Baugewerbe insgesamt	9	6	6	2	22	18	42	50	51	27	21	25	-38	-43	-52
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe darunter ^b	9	8	7	22	21	19	43	49	51	27	22	23	-40	-43	-49
Hochbau	9	9	7	18	18	17	44	47	53	29	25	24	-45	-45	-53
Tiefbau	9	6	8	21	23	18	43	53	52	27	19	22	-41	-43	-48
Ausbaugewerbe	11	4	5	22	24	16	40	54	50	26	19	29	-33	-44	-58
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	11	5	8	21	21	16	39	49	46	29	26	31	-36	-49	-53
20 bis 99 Beschäftigte	9	9	7	24	22	15	43	48	54	24	21	24	-34	-37	-56
100 und mehr Beschäftigte	4	0	0	20	25	33	44	63	52	32	13	14	-52	-50	-33

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet. – ^b Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Baumfragen.

Veranstaltungen:

5. Workshop in Makroökonomie am 2. und 3. Dezember 2004

Das IWH veranstaltete am 2. und 3. Dezember einen Workshop in Makroökonomie. Er fand in jährlichem Rhythmus nunmehr zum 5. Mal statt und richtete sich vor allem an Nachwuchswissenschaftler, die ihre Forschungsergebnisse einem breiten Fachpublikum vorstellen konnten. Eingereicht wurden Beiträge, die neuere empirische Methoden auf makroökonomische Fragestellungen anwenden. Die Referate werden in einem Tagungsband publiziert. Am Call for Papers hatten sich ungefähr 30 Wissenschaftler beteiligt. Weitere Informationen sind per E-Mail bei Christian.Dreger@iwh-halle.de erhältlich.

Vorankündigung:

3. Workshop „Geldtheorie, Geldpolitik und Finanzmärkte“ am 31. März und 1. April 2005

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle und die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg veranstalten am 31. März und 1. April 2005 einen gemeinsamen Workshop „Geldtheorie, Geldpolitik und Finanzmärkte“. Er soll insbesondere für junge Wissenschaftler (Doktoranden und Postdocs) ein Forum bieten, ihre aktuellen theoretischen und empirischen Forschungsarbeiten einem fachkundigen Publikum zur Diskussion zu stellen. Weitere Informationen zum Workshop erhalten Sie unter www.iwh-halle.de (Termine).

Workshop über Nationale Innovationssysteme und Ausländische Direktinvestitionen in Mittel- und Osteuropa: Technologietransfer, regionale Entwicklung und Konvergenz, 30. Juni und 2. Juli 2005.

Gemeinsamer Workshop mit der European Association for Comparative Economic Studies (EACES) in Halle und Freiberg (Sachsen). Der Workshop wird sich vorwiegend mit den besonderen Bedingungen für den Technologietransfer nach Mittel- und Osteuropa und der Entwicklung der Nationalen Innovationssysteme in diesen Ländern beschäftigen. Als besondere Perspektive für Studien sollen Geschwindigkeit und Pfade realer wirtschaftlicher Konvergenz dienen. Frist für die Einreichung von Vorschlägen: 1. April 2005. Für weitere Informationen siehe www.iwh-halle.de (Termine).

Sonstiges:

Financial Times Deutschland kürt beste Konjunkturprognostiker 2004

In ihrer Ausgabe vom 21. Dezember 2004 kürt die Financial Times Deutschland in diesem Jahr den Leiter der Abteilung Konjunktur und Wachstum des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, Dr. Udo Ludwig, zum besten Konjunkturprognostiker 2004. Dazu heißt es wörtlich:

„Zum dritten Mal hat die Financial Times Deutschland dieses Jahr die Prognosen von mittlerweile knapp 60 deutschen und internationalen Instituten, Banken und Organisationen getestet.

....

.... Nur drei Konjunkturchefs erfüllten am Ende das Dreifachkriterium, dass sie ihre (richtigen) Anfangsprognosen während des Jahres um höchstens 0,2 Punkte revidierten, den Exporteuren zumindest ein Plus von 5,5 Prozent zutrauten und das Konsumplus auf höchstens ein Prozent veranschlagten.

.... Anders als einige Kollegen ahnten die Experten um IWH-Konjunkturchef Ludwig auch, dass die Steuerreform zu Jahresanfang wenig Schub für den Konsum bringen würde. Dem werde der ‚anhaltende Beschäftigungsabbau‘ ebenso entgegenstehen wie ‚die erwarteten Kürzungen von Leistungen aus den Sozialsystemen‘, schrieben die Experten im Dezember 2003“.